



Ausschuss für Schule und Bildung (15.) und Wissenschaftsausschuss (8.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

7. März 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

14:03 Uhr bis 16:52 Uhr

Vorsitz: Florian Braun (CDU)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkt:

Erschütternde Ergebnisse bei IQB-Bildungstrend. Die Landesregierung muss alles daransetzen, die Qualität der Bildung zugunsten der Bildungsgerechtigkeit zu heben.

3

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/1365

In Verbindung mit:

**Lehrerstellenbesetzungsoffensive.NRW – Aufklaffende Lehrkräftelücke
jetzt vorausschauend und qualitätssichernd schließen!**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/1102

Ausschuss für Schule und Bildung (15.)

07.03.2023

Wissenschaftsausschuss (8.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

In Verbindung mit:

Handlungskonzept Unterrichtsversorgung

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/604

– Anhörung von Sachverständigen (*s. Anlage*)

* * *

Erschütternde Ergebnisse bei IQB-Bildungstrend. Die Landesregierung muss alles daransetzen, die Qualität der Bildung zugunsten der Bildungsgerechtigkeit zu heben.

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/1365

In Verbindung mit:

Lehrerstellenbesetzungsoffensive.NRW – Aufklaffende Lehrkräftelücke jetzt vorausschauend und qualitätssichernd schließen!

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/1102

In Verbindung mit:

Handlungskonzept Unterrichtsversorgung

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/604

– Anhörung von Sachverständigen (s. *Anlage*)

Vorsitzender Florian Braun: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die Sitzung und darf Sie alle sehr herzlich zur 15. Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung und zur 8. Sitzung des Wissenschaftsausschusses begrüßen. Diese beiden Ausschüsse führen heute eine gemeinsame Anhörung zu zwei Anträgen der FDP-Fraktion und dem Handlungskonzept Unterrichtsversorgung der Landesregierung durch. Daher darf ich Sie auch im Namen des Kollegen Professor Dr. Zerbin als Vorsitzendem des Wissenschaftsausschusses hier willkommen heißen.

Sehr geehrte Sachverständige, ich danke Ihnen dafür, dass Sie sich die Zeit nehmen, uns heute im Landtag Nordrhein-Westfalen für Fragen und Antworten zur Verfügung zu stehen. Sie haben sich auch schon im Vorfeld intensiv mit Stellungnahmen beteiligt. Herzlichen Dank auch dafür.

Wie Sie sehen, führen wir die heutige Anhörung mit einer besonders großen Runde von Expertinnen und Experten durch. Daher haben wir auch bis zu drei Stunden Zeit dafür vorgesehen. Sollten alle Fragen schon vorher erschöpfend beantwortet sein, wird sich sicherlich auch niemand beschweren. Wir nehmen uns aber auf jeden Fall die nötige Zeit und den nötigen Raum.

Diese Anhörung wird live gestreamt – nur damit Sie das wissen. Ton-, Film- und Bildaufnahmen außerhalb des Livestreams sind allerdings untersagt.

Einige Hinweise zum Ablauf der Anhörung, zumal diese für einige von Ihnen möglicherweise auch die erste Anhörung ist: Wir setzen voraus, dass die Abgeordneten die Stellungnahmen im Vorfeld gelesen haben. Das bedeutet, dass die Diskussionen auch darauf aufbauen. Deshalb werden wir direkt mit den Fragen der Fraktionen starten. Wir sammeln pro Runde die Fragen der Fraktionen – pro Runde ist eine Frage je Fraktion erlaubt – und gehen nach jeder Fragerunde in eine Antwortrunde. Ich werde Sie als Sachverständige nacheinander aufrufen, wenn Sie in der entsprechenden Runde mit einer Frage adressiert wurden, und darf Sie freundlich darum bitten, im Sinne der Verfahrensökonomie nicht mehr als drei Minuten für Ihre Antwort in Anspruch zu nehmen.

Damit sind zumindest die Formalia für den Moment geklärt, denke ich. Alles Weitere wird sich dann auf der Wegstrecke ergeben. Daher darf ich nun die erste Fragerunde eröffnen.

Franziska Müller-Rech (FDP): Als Erstes möchte ich mich im Namen der FDP-Fraktion bei Ihnen, den Damen und Herren Sachverständigen, bedanken, und zwar nicht nur für Ihre ausführlichen schriftlichen Stellungnahmen, sondern auch dafür, dass Sie heute hier sind und uns Rede und Antwort stehen. – Meine erste Frage richtet sich an Herrn Christoffer, an Frau Deimel und an Frau Çelik. Sie bezieht sich auf das Handlungskonzept Unterrichtsversorgung der Landesregierung. Darin ist die Rede davon, dass mehr Personen für den Lehrer-/Lehrerinnenberuf gewonnen werden sollen und insbesondere mehr Oberstufenschülerinnen und -schüler zur Aufnahme des Lehramtsstudiums motiviert werden sollen. Das ist etwas, was wir teilen. Dabei soll auch die Wertschätzung für die Arbeit von Lehrkräften im Vordergrund stehen. Kurzum kann man das so zusammenfassen, dass es darum geht, den Lehrer-/Lehrerinnenberuf attraktiver zu machen, damit mehr Menschen ihn ergreifen wollen. Daher ist meine Frage: Inwiefern stehen die Maßnahme zur Beschränkung der Teilzeit von Lehrkräften sowie die umfassenderen Möglichkeiten einer Abordnung, also eher Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen, im Einklang mit den Bestrebungen, den Lehrerberuf attraktiver zu machen?

Claudia Schlottmann (CDU): Meine Damen und Herren, auch von unserer Seite herzlichen Dank für die Stellungnahmen, die Sie bereits eingereicht haben, und dafür, dass Sie heute hier sind. – Ich habe eine Frage, die sich an Frau Deimel, an Herrn Christoffer und an Frau Çelik richtet. Das Handlungskonzept Unterrichtsversorgung nimmt bereits Maßnahmen zur Vereinfachung des Seiteneinstiegs in den Blick. Welche Rolle messen Sie den Seiteneinsteigern zu, um die Lehrkräfteversorgung schnellstmöglich zu verbessern, und welche Möglichkeiten sehen Sie damit einhergehend zur Gewährleistung der Unterrichtsqualität?

Prof. Dr. Daniel Zerbin (AfD): Sehr geehrte Damen und Herren, erst einmal vielen Dank für die schriftlichen Stellungnahmen und dafür, dass Sie den Weg hierhin gefunden haben. – Ich habe eine Frage an Frau Ostwald und an Herrn Seifen. Sie haben beide mehr als 40 Jahre Erfahrung als Lehrerin bzw. Lehrer, Frau Ostwald und Herr Seifen, und Sie waren auch viele Jahre Schulleiter eines Gymnasiums, Herr Seifen.

Im Handlungskonzept Unterrichtsversorgung der Landesregierung wird insbesondere versucht, den Beruf attraktiver zu machen, indem monetäre Anreizsysteme geschaffen werden. Wenn ich Ihre Stellungnahmen richtig verstanden habe, geht es Ihnen gar nicht darum. Vielmehr sehen Sie da ein pädagogisches Paradigma etwas fehlgeleitet. Wenn die bildungspolitischen Fehlentscheidungen der letzten Jahre und Jahrzehnte nach Ihrer Ansicht daher auf den Prüfstand müssen, um die Lage langfristig zu verbessern: Welche wären das, und was schlagen Sie konkret vor, damit es besser wird, die Attraktivität des Lehrerberufs dann also wirklich zunimmt?

Dennis Sonne (GRÜNE): Auch von der Grünenfraktionen herzlichen Dank für die schriftlichen Stellungnahmen sowie Ihr vielzähliges Erscheinen heute. – Unsere erste Frage richtet sich an Frau Professor Bellenberg und an Frau Amelung vom Städtetag. Frau Bellenberg plädiert für ein Monitoring der regionalen Lehrkräfteversorgung, und die kommunalen Spitzenverbände regen ein Bildungsmonitoring an. Die Frage lautet: Können Sie Ihre Vorstellungen erläutern, und passen beide Ideen auch zusammen?

Dilek Engin (SPD): Wir als SPD-Fraktion danken Ihnen ebenfalls herzlich dafür, dass Sie an dieser Anhörung teilnehmen, und auch für Ihre Stellungnahmen. – Unsere erste Frage geht an Frau Çelik, an Frau Foerste, an Frau Körner und an Herrn Hoppen. Sie haben in Ihren eingereichten Stellungnahmen auf verschiedenste Weise Kritik am Handlungskonzept Unterrichtsversorgung geübt – zum Beispiel, dass der Lehrkräftemangel ein strukturelles Problem ist, dem mit Not- bzw. Sondermaßnahmen begegnet werden muss, aber auch, dass vorgesehene dienstrechtliche Maßnahmen eine deutliche Verschlechterung der Arbeitsbedingungen an den Schulen darstellen, und zudem, dass mit Blick auf die Berufskollegs einige Maßnahmen gar nicht oder nur kaum eine Wirkung entfalten würden. Würden Sie diese und weitere Hauptkritikpunkte am Handlungskonzept Unterrichtsversorgung bitte noch einmal genauer ausführen?

Vorsitzender Florian Braun: Vielen Dank für die Fragen der ersten Runde. – Nun bitte ich die angesprochenen Sachverständigen um Beantwortung.

Pia Amelung (Städtetag Nordrhein-Westfalen): Ich bedanke mich für die Einladung in diese Runde. – Herr Abgeordneter Sonne, ich gehe auf Ihre Frage ein. Frau Professor Bellenberg ist heute leider nicht anwesend. Das ist sehr bedauerlich. Denn in ihrer Stellungnahme finden sich einige sehr konkrete und sehr gute Maßnahmen zu der Thematik, die wir heute behandeln. Ich greife jetzt diesen einen Aspekt heraus, den Sie auch angesprochen haben. Frau Professor Bellenberg hat das Monitoring zur regionalen Lehrkräfteversorgung thematisiert, und wir als kommunale Spitzenverbände haben die Ausweitung des kommunalen Bildungsmonitorings vorgeschlagen. Ihre Frage lautete, ob beides zusammenpasst und gut miteinander einhergeht.

Da kann ich ganz sagen: Ja, das tut es. Denn wir haben es bei der Lehrkräfteversorgung unter anderem – das klang in mehreren Stellungnahmen der Sachverständigen auch an – mit einer Verteilungsfrage zu tun. Einige Städte, beispielsweise im Ruhrge-

biet – es gibt aber auch andere Bereiche, die man nennen kann –, sind von einem massiven Lehrkräftemangel betroffen, und zwar mit der Konsequenz, dass die Stundentafeln insbesondere in den Grundschulen nicht garantiert eingehalten werden können. Das sehen wir als große Grundproblematik an. Daher stellt sich auch die Frage der Steuerung und damit verbunden die Frage der vorhandenen Daten. Frau Professor Bellenberg hat darauf verwiesen, dass es auch in der Vergangenheit gute Ansätze gab, mit Blick auf die Steuerung tatsächlich ein Monitoring zu betreiben und diese Verteilungsfrage mit in den Blick zu nehmen, also zu schauen, wo akut der höchste Bedarf besteht, wo er je nach unterschiedlichen Schulformen besteht, aber wo er auch in der regionalen Verteilung besteht, und darüber zu einer Steuerung zu kommen.

Warum passt das zum kommunalen Bildungsmonitoring? Wir haben in NRW einige Kommunen, die seit Jahren im Bereich des kommunalen Bildungsmonitorings unterwegs sind, um darüber datenbasiert Bildungssteuerung vor Ort vorzunehmen. Dort schaut man also: Wie sind Bildungsverläufe über die formalen Bildungseinrichtungen hinweg? Wie flankieren außerschulische Bildungseinrichtungen in den kommunalen Bildungslandschaften diese Bildungsverläufe? Wie wird aus kommunaler Perspektive sichergestellt, dass das Bildungsangebot vor Ort attraktiv genug ist? – Daher passt eine flächendeckende Steuerung, wie sie Frau Professor Bellenberg angesprochen hat, mit dieser kommunalen Ausrichtung von Bildungssteuerung vor Ort sehr gut zusammen.

In NRW haben wir nach wie vor die Situation, dass wir kein flächendeckendes kommunales Bildungsmonitoring haben. Solange es das nicht gibt, lassen sich auch nicht flächendeckend mit Blick auf Steuerung tatsächlich Erkenntnisse nutzen, um die Lehrkräftegewinnung und Lehrkräfteverteilung entsprechend zu beeinflussen.

Ayla Çelik (GEW NRW): Ich danke für die Einladung. – Frau Müller-Rech hat die Frage gestellt, ob das Handlungskonzept Wertschätzung des Berufes enthält und wie das mit den vorgesehenen dienstrechtlichen Maßnahmen zusammenpasst. Sicherlich sind die darin genannten Maßnahmen zu Wertschätzung und Entlastung der Kräfte zu begrüßen. Aufgeführt wird A13 für alle im Einstiegsamt. Dafür haben wir als Gewerkschaft lange gekämpft, über zehn Jahre lang. Es ist gut, dass man jetzt eingesehen hat, dass eine gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit nottut. Gleichwohl wäre es ein Gebot der Stunde gewesen, bei der Einführung von A13 für alle tatsächlich alle mitzunehmen. So werden zum Beispiel die Fachleiter*innen, die in der Ausbildung der Lehrkräfte tätig sind, nicht berücksichtigt, obwohl sie gleiche Arbeit machen. Fachleiter*innen, die für Grundschule und Sek I ausbilden, werden mit A12 Z bezahlt, während die Kolleg*innen für die Sek II mit A15 bezahlt werden. Da ist also Luft nach oben. Das könnte man sicherlich noch verbessern.

Ansonsten muss ich leider sagen, dass das Handlungskonzept nicht weitgehend genug ist. Die dienstrechtlichen Maßnahmen bedeuten durchweg eine Verschlechterung der derzeitigen Arbeitsbedingungen. Unabhängig davon, was man davon halten mag, sind sie alle erst einmal eine Verschlechterung. Das empfinden die Kolleg*innen vor Ort nicht gerade als wertschätzend. Zwei wichtige Punkte möchte ich hervorheben.

So ist bei Rückkehr aus Beurlaubung oder Elternzeit die Ausweitung des Radius von 35 km auf 50 km vorgesehen. Wenn es uns darum geht, dass wir Nachwuchs gewinnen, und wenn wir wollen, dass dieser Beruf es Eltern tatsächlich ermöglichen muss, Eltern zu sein, aber gleichzeitig auch Lehrer*innen zu sein, dann ist das widersprüchlich. Natürlich kann man sagen, es seien halt 15 km mehr. Aber im Umkehrschluss bedeutet das, dass wir durch diese Maßnahme nichts gewonnen haben, weil Mütter, die zurückkehren wollen, sich zweimal überlegen, ob sie nicht doch die Elternzeit verlängern möchten. Das heißt, dass das ein Bumerang ist.

Auch die Einschränkung der Teilzeit ist in dieser angespannten Situation der Personalnot überhaupt nicht begreiflich. Denn die Kolleg*innen, ihre Teilzeit nehmen, machen das nicht aus Jux und Tollerei. Sie gehen auf dem Zahnfleisch. Die letzten drei Jahren haben doch gezeigt, dass die Kolleg*innen wirklich alles gegeben haben, um Bildung zu ermöglichen. Dass wir von Bildung unter Coronabedingungen in den letzten drei Jahren reden können, liegt nur an dem immensen Einsatz der Kolleg*innen. Insofern ist diese Drohkulisse, dass die Kolleg*innen keine voraussetzungslose Teilzeit nehmen können, überhaupt nicht angemessen. Im Übrigen ist auch das ein Bumerang. Denn die Kolleg*innen können nicht mehr. Daher werden dadurch Abgänge provoziert.

Karla Foerste (Landeselternkonferenz NRW): Vielen Dank für die Einladung. – Wir müssen zwischen kurzfristigen Maßnahmen und langfristigen Maßnahmen unterscheiden. Im Moment haben wir Schulen, an denen der Unterricht nicht mehr vollständig gegeben werden kann. An diesen Schulen muss notfalls mithilfe von Maßnahmen, die für Lehrer nicht immer angenehm sind – durch Abordnungen von Rückkehrern, durch Abordnungen von Berufsanfängern –, kurzfristig vorübergehend gearbeitet werden. Es kann nicht sein, dass an diesen Schulen – es sind meistens ohnehin schon benachteiligte Standorte – kaum noch Unterricht stattfindet. Langfristig ist es aber natürlich anders zu beurteilen. Der Beruf muss insgesamt attraktiver werden.

Die Angleichung von Gehältern war erst einmal eine gute Idee. Das wird aber nicht ausreichen. Es müssen weitere Maßnahmen erfolgen, damit der Beruf attraktiv wird. Beispielsweise brauchen die Lehrkräfte genügend Unterstützung in der Verwaltung und durch Schulsozialarbeit. Insofern ist es sehr negativ, dass die Schulsozialarbeiter, die durch „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ ins System gekommen sind, Ende des Jahres aufhören mussten und aus dem System gefallen sind, wenn die Kommunen keine Anschlussfinanzierung organisieren konnten. Außerdem muss die sächliche Ausstattung der Schulen stimmen. Denn es ist auch für Lehrkräfte unattraktiv, an einem Standort zu arbeiten, an dem nichts funktioniert und an dem auch digitaler Unterricht im Ernstfall nicht möglich ist, weil die Sachmittel nicht vorhanden sind und die Eltern an diesem Standort es sich auch nicht leisten können, dort einzuspringen.

Da wir mehr Menschen im System brauchen, brauchen wir auch mehr Stellen. Zudem müssen wir schauen, dass die Leute, die im System sind, auch gerne arbeiten, sodass sie vielleicht auch länger arbeiten. Dazu muss der Beruf attraktiver werden – wie gesagt, einerseits durch Unterstützung. Andererseits müssen wir aber auch das Lehramts-

studium in den Blick nehmen. Dort haben wir nämlich hohe Abbrecherquoten, und zwar sowohl während des Studiums selbst als auch in der praktischen Zeit danach. Wir müssen uns genau angucken, woran das liegt.

Die Absenkung des NCs ist wahrscheinlich nicht die Lösung. Denn dort, wo ein hoher NC gilt, zum Beispiel für das Grundschullehramt an der Universität Münster, haben wir geringe Abbruchquoten. Das heißt, dass die Bewerber, die das Studium aufnehmen, gut zu den Anforderungen zu passen scheinen. In anderen Lehramtsstudiengängen sind die Abbruchquoten viel höher. Wenn wir jetzt die Quoten aufgeben und mehr Studienplätze einrichten, aber hinterher höhere Abbruchquoten haben, reicht das nicht aus. Wir müssen schauen: Was brauchen die Lehramtsstudierenden hinterher bei ihrer Arbeit in der Praxis? Ist das Studium wirklich so aufgestellt, dass es die jungen Menschen darauf vorbereitet?

Wenn wir zum Beispiel Erzieher werden, müssen wir vorher Praktika machen, um festzustellen, ob wir überhaupt dafür geeignet sind, mit jungen Menschen zu arbeiten. Das ist beim Lehramtsstudium nicht der Fall. Deshalb sollte dort früher die praktische Einbindung erfolgen, am besten in einem dualen Studium. Das würde auch die Finanzierungsprobleme für Lehramtsstudenten lösen. Sie könnten – wobei sie anfangs nicht etwa Unterricht übernehmen, aber unterstützend in den Schulen tätig sind – von Anfang an sehen, ob das das Richtige für sie ist, und in diesen Beruf hineingeleitet werden.

Wir müssen uns auch anschauen, ob die Inhalte passgenau sind. Sind wir mit Mathematik für das Grundschullehramt wirklich richtig aufgestellt, oder schrecken wir damit Menschen ab, die gut geeignet wären, aber bestimmte Voraussetzungen nicht erfüllen können?

Wir müssen unbedingt flexibilisieren, damit wir Menschen, die im Ausland studiert haben oder die ein anderes Fach studiert haben, in den Beruf bekommen. Voraussetzung ist, dass die persönliche Eignung vorhanden ist. Dann müssen formale Erfordernisse nachgeholt werden können, oder es muss überprüft werden, ob sie tatsächlich sinnvoll sind, damit wir mehr Menschen ins System bekommen – aber Menschen, die von ihren persönlichen Eigenschaften her auch wirklich für den Beruf geeignet sind, damit sie dann auch Freude an dem Beruf haben und nicht sofort überlastet sind.

Laura Körner (Landesschüler*innenvertretung NRW): Ich würde gerne auf die Frage von Frau Engin antworten. Meines Erachtens gibt es zwei Hauptaspekte, bei denen durchaus noch ein bisschen Handlungsspielraum gegeben wäre.

Sehr viel ist ja darauf ausgerichtet, dass wir gerne dafür sorgen möchten, dass Lehrkräfte auch zwischen den Schulformen wechseln können, wenn gerade an anderen Schulformen größerer Mangel besteht. Das begrüßen wir auch sehr; denn es ist schwierig, dass man sich von vornherein festlegen muss und dann an anderen Schulformen große Lücken entstehen.

Gleichzeitig steht dort aber auch, dass wir besonders Talentschulen fördern möchten. Das finden wir sehr kritisch, weil Talentschulen für eine totale soziale Spaltung zwischen

den Schüler*innen sorgen. Damit wird ein elitäres Gesellschaftsbild gefördert, das wir wirklich nicht unterstützen möchten. Wenn wir darüber reden, dass wir Lehrkräftemangel vermeiden möchten, halte ich es für falsch, dann genau die Talentschulen in den Fokus zu rücken.

Dann würde ich gerne auf die Möglichkeit mit ausländischen Lehrkräften eingehen. Es ist total begrüßenswert, dass dort mehr Förderung hineingesteckt werden soll und dass sie übernommen werden können. Ich halte es aber für sehr schwierig, zu sagen, dass nicht gewährleistet werden kann, dass diese Lehrkräfte dann auch bleiben können. Denn damit ist die Attraktivität dieser Übernahme überhaupt nicht gegeben. Wir wären dann wieder bei dem Problem, dass generell Fachkräfte aus dem Ausland immens erschwerte Bedingungen in Deutschland haben und häufig in die Lage zurückgesetzt werden, als hätten sie nur Abitur gemacht. Das ist ein viel weitgehendes Problem, denke ich. Dann einfach zu sagen: „Ja, sie können mal kurzfristig übernommen werden, um die Lücken füllen; aber wirklich darum kümmern wollen wir uns auch nicht“, ist ein echt schwieriger Ansatz. Ich finde, dass man das so nicht stehenlassen kann.

Bei vielen Punkten kann ich mich Vorrednern anschließen. Ja, wir wollen Lehrkräfte haben. Aber gleichzeitig werden dann Bedingungen – Anträge auf frühzeitige Rente usw. – total erschwert. Das ist wirklich schwierig. Damit bekommen wir nicht neue Menschen in diesen Beruf hinein und nicht neue Studierende. Schüler*innen haben keine Lust, Lehramt zu studieren, wenn sie sehen, dass die Bedingungen immer weiter heruntergehen, weil wir Mangel haben und nicht dafür gesorgt wird, dass der Job attraktiver wird. Warum sollten sie sich dann für diesen Studiengang entscheiden? Ich denke, dass man wirklich schauen muss, welche Möglichkeiten man dort schaffen kann, wenn man neue Lehrkräfte haben möchte. Sonst schafft man keine Lösung.

Anne Deimel (VBE NRW): Vielen Dank für die Einladung. – Ich werde mich zu den Fragen von Frau Müller-Rech und Frau Schlottmann äußern. Frau Müller-Rech hat so schön gesagt, dass der Beruf attraktiver werden soll und dass man junge Menschen gewinnen will. Deshalb möchte ich mit diesem Positiven anfangen. Für junge Menschen ist Zukunft extrem wichtig. Ihnen geht es um Nachhaltigkeit, Demokratie und Partizipation. Bei genau diesen Bereichen sollte man ansetzen, um junge Menschen für den Lehrkräfteberuf zu gewinnen. Denn wenn jemand die Zukunft gestalten möchte, ist er in Schule genau richtig.

Außerdem braucht es aber natürlich auch einen attraktiven Arbeitsplatz. Damit sind wir bei den Rahmenbedingungen, die zurzeit leider nicht so sind, wie alle Beschäftigten, die in den Schulen arbeiten, sie gerne hätten. Frau Müller-Rech hat konkret die Teilzeit und die Abordnungen angesprochen.

Bei der Teilzeit – es geht ja um die voraussetzungslose Teilzeit – gehen wir auch aufgrund der Erfahrungen, die in der Bezirksregierung Köln gemacht wurden, ganz stark davon aus, dass wir dann, wenn die Teilzeit nicht gewährt wird, im Anschluss weniger Stunden im System haben werden als vorher. Die Kolleginnen und Kollegen, die die voraussetzungslose Teilzeit in Anspruch nehmen, sind durch dieses Mangelschulsystem

extrem gefordert, haben sehr hohe Anforderungen in ihrer täglichen Arbeit und merken, dass immer mehr Aufgaben auf ihren Schultern lasten.

Das kommt auch daher – diese Anmerkung zu der Frage von Frau Schlottmann schiebe ich dazwischen –, dass wir viele Menschen in Schule haben, die unterrichten, aber das Lehramt überhaupt nicht gelernt haben. Demzufolge heißt das für die originär ausgebildeten Lehrkräfte im System, dass sie die Facharbeit machen müssen. Sie müssen die Konzepte entwickeln und sind in den Teams für die Unterrichtsvorbereitung zuständig. Außerdem müssen sie mit den fachfremden Menschen überlegen, wie man den Unterricht differenziert und wie man ein Kind fördern kann, und das in diesen Zeiten der unheimlich großen Klassen und der immer größeren Heterogenität.

Wenn die Teilzeit nicht gewährt wird und die Kollegin oder der Kollege damit nicht einverstanden ist, geht es zum Amtsarzt. Wir gehen davon aus, dass die Amtsärzte dann Teilzeiten festsetzen werden. Zum einen möchten wir zu bedenken geben, dass es für das Land teurer wird, wenn die Kolleginnen und Kollegen nach festgesetzter Teilzeit arbeiten. Zum anderen ist, wenn sie nach einigen Jahren in eine andere Lebenssituation kommen und auch gesundheitlich so aufgestellt sind, dass sie längere Zeit arbeiten könnten, das gar nicht so einfach möglich, weil die Teilzeit ja festgesetzt ist. Aus unserer Sicht müssten sie dann wieder zum Amtsarzt. Bei diesen Punkten ist das mit der Teilzeit wirklich schwierig.

Wenn man vor Ort in einer Mangelsituation ist, sodass man jede einzelne Stunde braucht, und mit einer Kollegin oder einem Kollegen in individuelle Gespräche geht, ist das absolut in Ordnung. Diese Kolleginnen und Kollegen brauchen dann nicht eine schlichte Ablehnung ihrer Teilzeitanträge, sondern eine enge individuelle Begleitung. Aus unserer Sicht muss dabei immer im Sinne der Beschäftigten abgewogen werden.

Ähnliches gilt für Abordnungen. Auch da muss immer abgewogen werden. Wir haben nun einmal die Situation, dass sich die Frage stellt, wenn man sich im Land umguckt: Wo gibt es überhaupt Schulen, die richtig gut aufgestellt sind? – Das meine ich fast schulformübergreifend. Wie wir alle wissen, gibt es eine Schulform, an der es ein wenig besser funktioniert. Auch dort ist das aber nicht bei allen Fächern der Fall; auch im Gymnasium werden Lehrkräfte mit besonderen Fächern gesucht. Es herrscht also allüberall ein großer Mangel. Demzufolge ist bei Abordnungen die Gefahr sehr groß, dass Mangel hin und her geschoben wird.

Man muss sich das dann vor Ort anschauen, und zwar unter Beteiligung aller; Schulleitungen, Lehrkräfte und Schulaufsichten müssen da eng zusammenstehen. Das wird arbeitsaufwendig. Wir haben gerade noch in der Zeitung die Aussage von Herrn Reul gelesen, dass auch die Bezirksregierungen überlastet sind. Insofern können sie diese Aufgaben vielleicht nicht wahrnehmen. Das wäre aber notwendig. Anders wird es nicht funktionieren.

Die Erfahrung schon vor Corona zeigt: Von einer Schule wird eine Kollegin oder ein Kollege abgeordnet. Dann fällt bei dieser Schule jemand aus. Daraufhin wird wieder zurück abgeordnet. – Damit bringen wir alle Schulen in eine Situation, in der überhaupt keine Konstanz im Lernen mehr gewährleistet ist. Das dürfen wir nicht aus dem Blick

verlieren. Es geht nicht nur darum, dass Lehrkräfte im Unterricht stehen. Für die Kinder und Jugendlichen geht es auch darum, dass konstant gearbeitet wird. Da wären wir dann beim Stichwort „IQB“. Aber dazu kommen wir ja später noch.

Frau Schlottmann hat nach Seiteneinstieg und Quereinstieg gefragt. Ja, das haben wir vom VBE auch nie anders gesagt. Wir haben viele Seiteneinsteigende und Quereinsteigende in den Schulen. Sie sind uns willkommen. Denn wir brauchen sie schlichtweg. Im Moment liegt der Fokus auf den Grundschulen. Die Sek-I-Schulen würden sofort sagen, dass sie den gleichen Bedarf haben. In der Grundschule ist es aber schon ein bisschen anders. Dort können Sie die Kinder nämlich nicht nach Hause schicken. Demzufolge haben wir jeden Tag – heute, morgen, übermorgen – Schulen, an denen statt Unterricht eher Betreuung stattfindet, weil eine Klassenlehrerin oder ein Klassenlehrer zwei oder drei Klassen beaufsichtigen muss. Wenn es ganz hart kommt, ist die Schule mit sämtlichen Kindern mit zwei oder drei Kolleginnen auf dem Schulhof. Und das ist ja das, was wir alle nicht wollen. Demzufolge brauchen wir Seiteneinsteigende.

Nun haben die Seiteneinsteigenden oft nicht die originäre Lehramtsausbildung. Dann dürfen sie in den Grundschulen aktuell nur ein Fach unterrichten, was an der Realität in den Schulen absolut vorbeigeht. Die Quereinsteigenden, auch sogenannte Nichterfüllerinnen und Nichterfüller ohne Lehramtsausbildung, ohne pädagogische Ausbildung, und auch die Seiteneinsteigenden sind in Klassenlehrerfunktion. Sie erteilen allen Unterricht, der zu geben ist, weil die Schulleitung sich schlichtweg nicht anders zu helfen weiß. Demzufolge ist es ganz wichtig – das Handlungskonzept enthält auch einen entsprechenden Ansatz –, dass diese Personengruppen gut qualifiziert werden. Auch die Kolleginnen und Kollegen, die aus den Gymnasien und den Gesamtschulen ohne Fach in die Grundschulen kommen sollen, brauchen – das sagen wir ganz klar – diese Qualifizierung, die angekündigt ist. Sie brauchen aber eine sehr gute Qualifizierung. Da warten wir einfach auf die Ausgestaltung und das, was diese Qualifizierung dann ausmachen wird. Wir haben nun einmal die große Sorge der Deprofessionalisierung.

Frank Hoppen (Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Berufskollegs in NRW):

Auch der vlbs bedankt sich für die Einladung und für die Möglichkeit zur Stellungnahme. – Der vlbs findet es gut, dass die Berufskollegs im Handlungskonzept Unterrichtsversorgung speziell mitbedacht worden sind. Hier ist die Ausweitung des Dualen Masters für das Berufskolleg zu nennen. Dass zukünftig auch Bachelor-Universitätsabsolventinnen und -absolventen zugelassen werden sollen, begrüßt der vlbs ausdrücklich.

Eines muss an dieser Stelle allerdings klar und deutlich gesagt werden.

(Der Redner hält eine hellgrüne Broschüre hoch.)

Am Berufskolleg ist es bereits seit Längerem möglich, in unterschiedlichsten Formen einzusteigen. Im Moment haben wir fünf Sonderformen als Alternative zum normalen Lehramtsstudium. Dazu braucht es aber Studierende und vor allen Dingen auch Studienplätze.

Beim Handlungskonzept sind einige Punkte unserer Sicht verbesserungswürdig. So ist hier der gesamte Bereich des gehobenen Dienstes leider wieder komplett ausgespart worden. Wir haben im gehobenen Dienst hervorragende Werkstattlehrkräfte, die als Fachlehrkräfte seit vielen Jahren hier einen guten Job machen. Im Handlungskonzept ist weder darüber nachgedacht worden noch überhaupt dazu Stellung genommen worden, ob und gegebenenfalls wie man sich vorstellt, diese lange im System befindlichen Kolleginnen und Kollegen aus-, fort- und weiterzuqualifizieren. Dazu liest man im Handlungskonzept leider nichts.

Der nächste Punkt ist die Wertschätzung der Beschäftigten an den Schulen. Der vlbs begrüßt die Anhebung der Eingangsbesoldung auf A13 ausdrücklich und sagt klar, dass es schon lange notwendig gewesen ist, das in dieser Form zu machen und auch bei den Grundschullehrkräften eine Anpassung vorzunehmen.

Auf der anderen Seite muss seitens des vlbs wieder auf den gehobenen Dienst hingewiesen werden. Mit den Werkstattlehrkräften haben wir hier Fachlehrkräfte, die im Eingangssamt mit A9 besoldet werden und Beförderungsmöglichkeiten nach A10 und A11 haben. An dieser Stelle lohnt sich in jedem Fall der Blick über den Tellerrand in andere Bundesländer. Baden-Württemberg hat das Eingangssamt im gehobenen Dienst jetzt auf A11 angehoben. Bayern möchte da nachziehen. Viele andere Bundesländer sind schon lange bei A10 für das Eingangssamt im gehobenen Dienst. Das führt sicherlich auch dazu, dass der Job als Werkstattlehrer an einem Berufskolleg attraktiver wird. Es ist nämlich nicht mehr einfach, Menschen als Fachlehrer in den Schuldienst zu bekommen. Schulleitungen haben große Schwierigkeiten, Kolleginnen und Kollegen zu finden und zu rekrutieren. Daher ist es in diesem Bereich genauso notwendig, das Eingangssamt anzuheben, um auch hier eine Steigerung der Attraktivität des Jobs hinzubekommen.

Auf die dienstrechtlichen Maßnahmen will ich nur in aller Kürze eingehen, weil im Vorfeld schon vieles gesagt worden ist. Aus unserer Sicht möchte ich den Fokus noch einmal auf die COPSOQ-Befragung lenken, die hier überhaupt nicht Erwähnung gefunden hat, und insbesondere auf die Erschwernisse, die durch Teilzeitbeschäftigung und Abordnung auf die Lehrkräfte in Zukunft zukommen werden. Der vlbs setzt vollständig auf Freiwilligkeit. Überall dort, wo Kolleginnen und Kollegen sagen: „Ja, ich kann mir eine Abordnung absolut vorstellen; kein Problem“, unterstützen wir das. Hier denke ich gerade an die gesperrte A45. Dort gibt es im Moment sicherlich viele Möglichkeiten der sinnvollen Abordnung, damit es für Kolleginnen und Kollegen einfacher wird und sie kürzere Fahrwege haben. Alles, was gegen den Willen von Kolleginnen und Kollegen stattfindet und nicht auf Freiwilligkeit setzt, wird nach meiner Überzeugung aber kontraproduktiv sein. Darauf haben hier auch schon andere in ihren Stellungnahmen hingewiesen.

Noch einmal zur COPSOQ-Befragung: Nachdem COPSOQ I und COPSOQ II durchgeführt worden sind, hat man jetzt Evaluationsdaten und kann deutlich eine Verschlechterung sehen. Diese Entwicklung ins Negative gibt es insbesondere bei Work-Privacy-Konflikten, aber auch bei anderen Faktoren, die dort genannt werden. Gerade vor dem Hintergrund dieser Belastungszustände, die hier in den Befragungen gespiegelt

werden, halte ich es für fraglich, ob die dienstrechtlichen Maßnahmen dazu beitragen werden, zum einen den Job attraktiver zu machen und zum anderen die Kolleginnen und Kollegen zu motivieren, ihren Job tatsächlich auch bis zum Ende zu machen.

Sven Christoffer (lehrer nrw): Ich möchte zunächst auf die Frage von Frau Müller-Rech eingehen, inwiefern sich die Beschränkung der voraussetzungslosen Teilzeit und eine vermehrte Anzahl von Abordnungen auf die Attraktivität des Lehrerberufs auswirken werden. Als Deutschlehrer würde ich sagen: Frau Müller-Rech, das war eine klassische rhetorische Frage. – Ich sehe es so, dass die Landesregierung sich da in einer klassischen Dilemmasituation befindet. Denn auf der einen Seite ist sie darauf angewiesen, dass die Schülerinnen und Schüler, die heute die Schulen verlassen, morgen das Lehramtsstudium beginnen; das heißt, dass wir diesen Schülerinnen und Schülern eigentlich zeigen müssten, dass der Lehrkräfteberuf attraktiv ist. Auf der anderen Seite scheint die Landesregierung aber davon auszugehen, dass nur über bestimmte Härten wie die Beschränkung der Teilzeit oder eine vermehrte Anzahl von Abordnungen die Unterrichtsorganisation zum gegenwärtigen Zeitpunkt aufrechtzuerhalten ist.

Gerade beim Thema „voraussetzungslose Teilzeit und deren Beschränkung“ bin ich fest davon überzeugt, dass dieses Instrument von den Kolleginnen und Kollegen bisher vorwiegend genutzt worden ist, um ihre eigenen Belastungsgrenzen zu steuern. Wenn jetzt festgelegt wird, dass diese Belastungsgrenzen gegen ihren Willen nach oben verschoben werden, habe ich eine gewisse Fantasie, dass dann, wenn jemand dauerhaft überlastet wird, möglicherweise auch eine langfristige Erkrankung die Folge sein kann. Wenn das so wäre, hätten wir am Ende des Tages nicht nur nichts gewonnen, sondern auch noch viel verloren, nämlich das wertvolle Stundendeputat einer Teilzeitkraft.

Im Übrigen bleibt es bei einer Einzelfallprüfung. Das heißt, dass man nicht per se die voraussetzungslose Teilzeit nicht genehmigen kann. Nur in den Fällen, in denen die Schule schlecht mit Lehrpersonal versorgt ist oder das Fach dann an der Schule nicht mehr unterrichtet werden könnte, wäre ein dienstlicher Grund gegeben, um eine voraussetzungslose Teilzeit zu untersagen. Ich gehe davon aus, dass das in der Mehrzahl der Fälle Schulen sein werden, die in herausfordernden Lagen liegen, in denen also die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte ohnehin schon sehr hoch ist. Unter diesem Aspekt empfinde ich es als doppelte Ungerechtigkeit, dass genau die Lehrkräfte, die an den Schulen in den herausfordernden Lagen sind, wahrscheinlich vorwiegend betroffen sein werden.

Ich bin auch fest davon überzeugt, dass diese Menschen nicht wegen einer besseren Work-Privacy-Balance Teilzeit nehmen. Denn „voraussetzungslose Teilzeit“ bedeutet, dass jemand keine Kinder unter 18 Jahren hat. Das heißt, dass das lebensältere Kolleginnen und Kollegen sind. Sie haben für sich entschieden, bewusst auf Geld zu verzichten, um auch noch möglichst lange im Lehrkräfteberuf weiterarbeiten zu können. Diese Entscheidung haben sie trotz der Tatsache getroffen, dass die Teilzeit an Schulen eigentlich höchst unattraktiv ist; denn ich kann zwar mein Stundendeputat reduzieren, aber die Arbeit um die Unterrichtszeit herum, also Teilnahme an Konferenzen,

Tagen der offenen Tür, Klassenfahrten etc. pp., ist oftmals nicht im selben Maß zu reduzieren. Menschen, die das bewusst in Kauf nehmen, wissen schon, worauf sie sich einlassen, und haben Gründe dafür.

Abordnungen machen die Schule auch unattraktiver. Als HPR-Vorsitzender habe ich mich sehr dafür eingesetzt, dass in das Papier, das an die Bezirksregierungen gegangen ist, hineingeschrieben wurde, dass vorrangig Abordnungen von Kolleginnen und Kollegen, die freiwillig dazu bereit sind, geprüft werden. Jetzt müssen wir abwarten, ob die Anzahl der Freiwilligen ausreicht. Das würde das Ganze dann auch in gewisser Weise abfedern. Insofern verbieten sich an dieser Stelle Spekulationen. Wir müssen uns dann die Zahlen anschauen.

Nun komme ich zur Frage von Frau Schlottmann zu dem Seiteneinstieg. Ich kann mich der Auffassung von Frau Deimel anschließen. Der Seiteneinstieg ist alternativlos. Wir kommen ohne Seiteneinsteigende nicht aus. Insofern begrüße ich ausdrücklich, dass an der Grundschule der Seiteneinstieg über die OBAS-Ausbildung ab 1. Mai 2023 vollzogen werden soll. Denn das bedeutet, dass wir am Ende dann voll ausgebildete Lehrkräfte mit Zweitem Staatsexamen haben. Das ist, wenn wir den Seiteneinstieg wählen, der richtige Weg.

Im Moment haben wir an unseren Schulen zwei Klassen von Seiteneinsteigenden, nämlich diejenigen, die über die entsprechende Qualifikation verfügen, um durch berufs begleitende Ausbildung noch das Zweite Staatsexamen abzulegen, und diejenigen, die über diese Qualifikation nicht verfügen – in der Regel deswegen nicht, weil sie nur ein anerkanntes Fach haben. Das sind die ärmsten Säue im Land, weil sie schlecht bezahlt werden, an keinem Beförderungsverfahren teilnehmen können und sich auch selbst als Lehrkräfte zweiter Klasse fühlen. Auf diese Personengruppe müssen wir noch einmal unsere Aufmerksamkeit richten und ernsthaft die Frage stellen: Wie können wir es hinbekommen, dass auch diesen Menschen Nachqualifikationen bzw. Weiterqualifikationen angeboten werden, sodass auch sie am Ende das Zweite Staatsexamen haben, damit es ihnen möglich ist, verbeamtet zu werden und an Beförderungsverfahren teilzunehmen? – Ansonsten werden wir nämlich an unseren Schulen eine große Gruppe Berufsfrustrierter haben. Die Menschen sind am Anfang immer sehr glücklich – das habe ich sehr häufig erlebt –, wenn sie endlich eine unbefristete Anstellung haben. Aber im Laufe der Jahre wächst der Frust dann zusehends an. Dafür habe ich auch großes Verständnis.

Helmut Seifen: Herr Professor Zerbin, in Ihrer Frage ging es um monetäre Anreize und die Attraktivität des Lehrerberufs. Natürlich möchte jeder ein auskömmliches Gehalt beziehen. Ich meine aber, dass die monetären Anreize im Lehrerberuf nicht von entscheidender Bedeutung sind. Das können Sie daran erkennen, dass wir ja Verteilungsschwierigkeiten haben. Das heißt: Die Lehrkräfte suchen sich bestimmte Regionen und bestimmte Schulformen aus, um dort Unterricht erteilen zu können, von dem sie glauben, dass er besonders zielorientiert und besonders sinnvoll ist, und die Kolleginnen und Kollegen vermeiden Regionen oder Schulformen, von denen sie glauben, dass Unterrichten dort besonders schwierig ist.

Insofern zeichnet das Handlungskonzept ... Man merkt, dass das Handlungskonzept von Ministerialbeamten geschrieben worden ist. Das meine ich gar nicht als Kritik, sondern dahin gehend, dass hier pädagogische Fragen völlig ausgeklammert worden sind, was für Ministerialbeamte ja auch sicherlich so in Ordnung ist. Wir müssen den Unterricht als solchen betrachten und dort drei Größen sehen:

Erstens. Notwendig ist die Konzentration, um sich mit einem Sachverhalt zu beschäftigen – so wie wir uns hier auch auf eine Sache konzentrieren und nicht jeder so herumläuft, wie er gerade will.

Zweitens. Die Bedeutsamkeit dessen, was gerade gemacht wird, muss für alle, die im Unterricht sitzen, klar sein.

Drittens. Man braucht die Gemeinsamkeit. Damit meine ich aber eine wirkliche Gemeinsamkeit und nicht eine Gemeinsamkeit in der Form, dass Personen einfach nur irgendwo im Raum verteilt zusammensitzen und jeder etwas für sich macht.

Diese drei Dinge sind Grundvoraussetzungen, um einen zielorientierten, erfolgreichen Unterricht zu gewährleisten. Das wird jeder sagen, der schon einmal in einer Schule tätig war.

Im Grunde genommen brauchen wir auch eine Stärkung der Plenumsarbeit. Wir müssen wenigstens für große Teile diese Möblierung, diese Sitzgruppen, auflösen. Wir müssen dafür sorgen, dass Konzentration im Unterricht möglich ist. Das gilt unabhängig davon, dass Stillarbeit und Gruppenarbeit selbstverständlich weiterhin möglich sein müssen. Aber die Plenumsarbeit, das Zusammenfassen des Gelernten, muss von entscheidender Bedeutung sein.

Dazu gehört dann auch, dass man Schüler unterrichten kann, die dafür geeignet sind. Das heißt, dass wir wirklich darüber nachdenken müssen, eventuell wieder Vorschulklassen einzuführen, wie es sie bis 2005 gab, in denen Kinder, die nicht mehr in den Kindergarten gehen können, aber noch nicht schulreif sind, die Möglichkeit haben, gefördert zu werden. Ich weiß aus meiner Wohnortumgebung, dass dort in der Grundschule so etwas eingerichtet war. Die Schüler fühlten sich wohl. Sie waren schon auf dem Schulhof, wurden aber von Lehrkräften an die erste Klasse herangeführt und haben nicht gleich Frustration erfahren.

Etwas Weiteres gehört dazu. Wir haben jetzt zahlreiche Zuwanderer in unserem Land. Diese Kinder können logischerweise kein Deutsch. Man muss überlegen, ob man nicht Schulklassen einrichtet, in denen diese Kinder zunächst einmal in der deutschen Sprache unterrichtet werden, damit sie dann, wenn sie an dem Regelunterricht teilnehmen, auch sofort Erfolgserlebnisse haben. Wenn sie jetzt dort sitzen und möglicherweise mithilfe von Dolmetschern erst herangeführt werden müssen, verstehen sie vieles nicht. Ich habe das selbst erlebt und selbst Kinder unterrichtet, die aus Syrien gekommen sind. Das ist für diese Kinder wirklich nicht einfach. Es ist besser, wenn sie tatsächlich erst einmal die Sprache beherrschen.

Außerdem müssen wir natürlich darüber nachdenken, ob wir nicht wieder die Förder Schulen stärken und so die eigentliche Voraussetzung für Inklusion schaffen, indem

wir nämlich den zieldifferenten Unterricht abschaffen und die Kinder, die entweder emotional-soziale Schwierigkeiten oder Lernschwierigkeiten haben, wieder in Lerngruppen beschulen, in denen sie wirklich gemeinsam lernen können. Dann brauchen wir auch das, was überall von Kollegen gefordert wird, die sich im Unterricht auskennen, nämlich verstärkte Übungsphasen, um immer wieder die Kinder heranzuführen.

In NRW ist „Schreiben nach Gehör“ so gut wie abgeschafft, aber meines Wissens noch nicht gesetzlich abgeschafft. Das muss auf jeden Fall abgeschafft werden.

Es gibt übrigens unzählige Studien dazu. Das ist jetzt nicht alles meiner Fantasie entsprungen. Zum einen ist meine Erfahrung Grundlage, und zum anderen gibt es Studien, die das alles belegen.

Wir brauchen beim Lernen Lerngruppen, die ein Mannschaftsgefühl empfinden und das Lernen als gemeinsames Voranschreiten in den Sachverhalt begreifen. Dann können wir die Arbeitsbedingungen verbessern. Dann macht es den Lehrern auch wieder Spaß, zu unterrichten. Und dann werden Sie auch mehr Lehrer haben.

Heliane Ostwald: Vielen Dank für die Einladung. – Ich vertrete hier die Grundschullehrer. Darüber freue ich mich besonders, weil in dem Antrag zur Lehrkräftelücke auch festgestellt wird, dass die Hauptmangelsituationen im Bereich der Grundschulen, insbesondere der integrativ arbeitenden Grundschulen, der Förderschulen und der Schulen des Gemeinsamen Lernens in der Sek I zu finden sind.

Ich hoffe, dass Sie alle meine Stellungnahme gelesen haben. Darin habe ich eine deutliche Analyse vorgenommen, warum ich glaube, dass die Anträge, die wir heute diskutieren, zwar gut und richtig und auch wichtig sind, aber nicht das Problem im Kern lösen.

Ich bin Lehrerin in dritter Generation. Meine Familie hat 120 Jahre Schulbildung in Deutschland begleitet und getragen. Es hat immer schon Wandel gegeben. Man hat methodisch-didaktische Neuerungen ausprobiert. Aber man braucht auch Mut, zu erkennen, wenn etwas nicht funktioniert. Ich glaube, dass wir inzwischen an einem Punkt angekommen sind, an dem dieser Mut nötig ist.

Ich habe 30 Jahre im normalen Regelunterricht und die letzten 10 Jahre im Gemeinsamen Lernen gearbeitet und kann deutlich sagen: Die Umstellung des Konzepts zu dem Gemeinsamen Lernen, also GL oder Inklusion, hat die Schule wirklich von den Füßen auf den Kopf gestellt und Veränderungen für das Unterrichtsgeschehen mitgebracht, von denen ich glaube, dass die Väter des Gedankens sich das im Vorfeld nicht richtig überlegt haben.

Es gibt seit Jahrzehnten dieses Gemeinsame Lernen in Laborschulen, in Musterschulen. Es ist erprobt worden. Es gibt auch schöne Konzepte, die sich alle wundervoll anhören. Allerdings basiert das ganze Konzept auf vier Säulen, nämlich erstens dem Anteil der Kinder mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf innerhalb der Regelklasse, zweitens der Klassenstärke – da ist von einer Richtzahl von 25 Kindern die Rede; und Sie können selbst schauen, wo wir in der Praxis landen –, drittens den Doppelbesetzungen – voll ausgebildete Grundschullehrer in Kooperation mit einem

Sonderpädagogen, gern noch unterstützt durch Sozialpsychologische Dienste an den Schulen – und viertens Nebenräumen zur Differenzierung. Das haben diese Muster-schulen alle in perfekter Ausstattung. Darum funktioniert das dort auch relativ gut.

Dieses Konzept war aber niemals – ich betone: niemals – von Anfang an in der Fläche durchzusetzen. Denn erstens können die Bestandsschulen das nicht bieten, und zweitens sind auch nicht alle Kinder inkludierbar. Das heißt, dass wir Förderschulen und Regelschulen vorhalten müssen – und dafür reicht die Zahl der Lehrer nicht aus. Auch das war von Anfang an klar.

Außerdem muss man sich anschauen, wie sich unsere Gesellschaft verändert hat. Das heißt: Dieser Lehrermangel mit Ansage trifft jetzt auf eine gesellschaftliche Veränderung durch die Zuwanderung der Millionen Migranten, die unsere Schulen dann auch entsprechend fordern. Das schafft das Bildungssystem in Form der Lehrer eben nicht mehr.

Diese Rahmenbedingungen gehören dringend auf den Prüfstand. Denn der Lehrermangel ist kein Rechenexempel. Herr Seifen hat gerade gesagt, das Ganze sei ministerial angegangen worden. Das erkenne ich alles hoch an, wie ich auch geschrieben habe. Mir fehlt aber definitiv die pädagogische Aufarbeitung. Warum ist denn das Unterrichten so anstrengend? Warum erleiden denn die Kollegen Nervenzusammenbrüche? Ich kenne gestandene Lehrer Anfang 50, die in der zweiten Pause im Lehrerzimmer umgefallen sind. Ich kenne Kolleginnen Anfang 30 mit zwei Kindern, die in der ersten Pause weinend im Lehrerzimmer gesessen haben, weil sie zwei Stunden in einer Schwerpunktklasse unterrichten durften und danach wirklich durch waren. Diese Bedingungen müssen dringendst geändert werden. Das ist kein Rechenexempel, sondern eine schonungslose pädagogische Analyse dieses Konzepts des Gemeinsamen Lernens.

Ich habe natürlich auch Verbesserungsvorschläge. Zwar ist das alles jetzt schon sehr weit fortgeschritten und nach zehn Jahre GL an vielen Schulen etabliert. Aber es ist dringend nötig, die Regelschulen zu entlasten, indem man dieses Konzept langsam rückabwickelt. Ich bitte dringend darum, dass Sie die Förderschulen unterstützen. Sorgen Sie dafür, dass dort Mehrklassenbildungen möglich sind. Gründen Sie wieder neue Förderschulen. Es war ein großer Fehler von Frau Löhrmann, der grünen Bildungsministerin, vor zehn Jahren die Förderschulen zu schließen. Dann wird man für diese Kinder, die sonderpädagogische Unterstützung brauchen, auch wieder einen adäquaten Förderort haben.

Selbst die Sonderpädagogen möchten inzwischen zurück zu Förderschulen, weil sie dort eine Klassenleitung haben und nicht nur als Beratungslehrer ein Klassen-Hopping machen. In zwei Stunden pro Kind oder pro Klasse kann keine Beziehung aufgebaut werden. Da kann auch nicht ordentlich gelernt werden, weil gerade Kinder mit Unterstützungsbedarf eine intensive Betreuung und eine enge Lehrerbindung brauchen.

Das alles ist in diesen multiprofessionellen Teams mit einem großen Fragezeichen zu versehen. Es bedeutet für die Lehrer unendlich viel Arbeit. Das ist vorhin schon angekungen. Die mehrgleisigen Unterrichtsvorbereitungen, die Absprachen usw. müssen

zusätzlich zu dem normalen Deputat stattfinden. Das Ganze führt zu Frust, weil man sieht, dass die Kinder immer weniger lernen und die Lehrer immer mehr arbeiten.

Wenn dieses Dilemma nicht aufgelöst wird, sehe ich auch für die Lehrerstellenbesetzungsoffensive nicht wirklich gute Chancen. Denn es spricht sich herum. Die potenziellen Kandidaten, die sich damit beschäftigen, wissen um den Zustand der Schulen.

Bildungsgerechtigkeit heißt ja auch, dass alle Schulen das gleiche Angebot von qualifizierten Lehrern und von vergleichbaren, halbwegs überschaubaren Klassenverbänden vorhalten können. Es kann nicht sein, dass Beschulung Glückssache ist, je nachdem, ob ich eine GL-Schule in einem Brennpunktviertel besuche, an der auch noch ein Quereinsteiger unterrichtet, oder ob ich eine Regelschule mit einer voll ausgebildeten Lehrkraft habe, die dort fachkundig und auch konstant unterrichten kann. Das ist alles andere als Bildungsgerechtigkeit. Ich bitte darum, diesen Ansatz auch weiterzuverfolgen.

Vorsitzender Florian Braun: Vielen Dank für die erste Runde der Antworten. Sie werden gemerkt haben, dass ich bezüglich der Redezeit etwas nachsichtiger war. Dafür war das, denke ich, auch eine lohnende muntere Runde. – Wir versuchen es jetzt in der zweiten Runde etwas zu straffen. Dementsprechend darf ich zur zweiten Runde einladen und um Fragen bitten.

Franziska Müller-Rech (FDP): Meine zweite Frage richtet sich an Herrn Kürten, an Herrn Pennekamp und an die kommunalen Spitzenverbände. Den Lehrkräftemangel kann man nun schon im ganzen Land spüren; kaum eine Schule bleibt davon verschont. Dennoch sind einige Regionen stärker betroffen als andere. Wir plädieren daher dafür, die zusätzlichen Studienplätze für das Grundschullehramt dort einzurichten, wo der Bedarf an Lehrkräften am größten ist, und gehen dabei von einem sogenannten Klebeeffekt aus. Die Annahme ist, dass die Absolventinnen und Absolventen nach Abschluss ihres Studiums dann in der Nähe ihres Studienstandorts verbleiben. In der vergangenen Legislaturperiode haben wir deshalb zum Beispiel auch die Medizinische Fakultät OWL an der Universität Bielefeld geschaffen, um genau diesen Effekt zu nutzen. Inwiefern sehen Sie Potenzial eines Klebeeffekts bei den Absolventinnen und Absolventen des Lehramts für die Grundschule, und könnten dort mehr Studienplätze und Studienstandorte auch kurzfristig eine Erleichterung bringen?

Claudia Schlottmann (CDU): Meine zweite Frage geht an Herrn Martin, an Herrn Christoffer und an Frau Deimel. Die Herausforderungen rund um den Lehrkräftemangel sind, wie wir alle wissen, sehr groß. Darüber hinaus wissen wir um die Forderungen nach Entlastung für Lehrkräfte. So wurde bereits die Anzahl der Klassenarbeiten in den Fächern mit der ZP 10 an allen Schulformen herabgesenkt. Wie sehen Sie eine weitere Reduzierung von Prüfungsleistungen gerade im Hinblick auf die Sicherung der Qualitätsstandards und die Vergleichbarkeit von Schulabschlüssen aus Nordrhein-Westfalen?

Prof. Dr. Daniel Zerbin (AfD): Ich habe eine Frage an Frau Ostwald und Herrn Seifen. Eine Forderung der FDP ist, Praxisanteile im Lehramtsstudium zu erweitern und das Praxissemester aufzuwerten. Herr Seifen, Sie halten das für wenig zielführend und betonen den Wert der fachlichen Anteile des Lehramtsstudiums hinsichtlich der eigentlichen Anforderungen des Lehrerberufes. Frau Ostwald, auch vor diesem Hintergrund kritisieren Sie eine allzu leichtfertige Strategie der Anwerbung von Seiten- und Quereinsteigern ohne fachliche, methodische oder auch didaktische Vollausbildung und sehen die Gefahr eines Praxisschocks für zahlreiche nicht ausreichend qualifizierte Lehrkräfte im Klassenzimmer. Können Sie beide diese Kritik ausführen? Ist die Lage denn nicht so akut, dass wir dringend jeden bräuchten, der sich dann auch freiwillig meldet?

Dilek Engin (SPD): Bei vielen der Maßnahmen, von denen wir gehört haben, handelt es sich um mittelfristige und langfristige Maßnahmen. Uns als SPD-Fraktion würde auch interessieren: Was muss jetzt konkret passieren, damit wir kurzfristig unsere Lehrkräfte entlasten und gleichzeitig den Beruf des Lehrers attraktiver gestalten? – Diese Frage möchten wir an Frau Çelik, an Frau Deimel und an Herrn Christoffer stellen.

Dennis Sonne (GRÜNE): Der vlbs regt zu mehr Kooperation zwischen Berufskollegs und Sek-I-Schulen an. Daher geht die Frage auch an Herrn Hoppen vom vlbs sowie an Frau Amelung von den kommunalen Spitzenverbänden. Wie könnten diese Kooperationen aussehen, und welche Voraussetzungen müssten dafür geschaffen werden?

Vorsitzender Florian Braun: Vielen Dank. – Nun bitte ich um Beantwortung der gestellten Fragen.

Pia Amelung (Städtetag Nordrhein-Westfalen): Erlauben Sie zunächst einen Hinweis zu der in der vorigen Runde angesprochenen Bildungsgerechtigkeit. Unseres Erachtens bedeutet Bildungsgerechtigkeit nicht Homogenisierung und nicht Ausgrenzung. Das ist gerade in dieser Debatte um den Lehrkräftebedarf auch mit Blick auf die Ergebnisse des IQB-Bildungstrends ganz entscheidend. Es ist eine sehr komplexe Gemengelage. Wir brauchen ein Bündel an verschiedenen Maßnahmen kurzfristiger, mittelfristiger und langfristiger Art und Weise. Insofern ist es wenig hilfreich, an dieser Stelle den Finger auf einzelne Gruppierungen zu richten und den Versuch zu unternehmen, hier auszugrenzen. Dieser Hinweis ist mir wichtig.

Nun komme ich zu der Frage bezüglich des Klebeeffektes. Ja, das sehen wir auch so. Viele Städte melden uns das tatsächlich zurück und formulieren es sehr deutlich. Frau Professor Bellenberg hat in ihrer Stellungnahme auch ein Beispiel aufgegriffen, und zwar aus Aachen. An der RWTH Aachen gibt es aktuell keinen Studiengang für das Grundschullehramt. Wir halten es für dringend geboten, noch einmal durch das Land zu gehen und zu prüfen, wo diese Studiengänge fehlen und wo es gelingen kann, durch die Schaffung solcher Studienplätze Attraktivität zu generieren. Mit Blick auf den Klebeeffekt schätzen wir die Chance relativ hoch ein, hier auch mit einem längeren

Effekt Lehrkräfte vor Ort zu gewinnen und zu halten. Wir erleben insbesondere in Städten beispielsweise im Ruhrgebiet, dass die Lehrkräfteversorgung teilweise massiv gering ist – das sprach ich in der vorigen Runde an –, sodass auch die Gefahr besteht, dass die Stundentafeln nicht mehr erfüllt werden können. Wenn es darüber gelingt, Personal zu generieren und auch frühzeitig in die Schulen zu holen, ist das eine Möglichkeit, hier tatsächlich Grundsteine für die nächsten Jahre zu legen.

Außerdem wurde eine Frage zu den Voraussetzungen für eine Kooperation zwischen Sekundarstufe I und Berufskollegs aufgeworfen. Auch an dieser Stelle gilt es, noch einmal zu prüfen, wo Möglichkeiten bestehen, schulformpolyvalente und schulformspezifische Studiengänge zu schaffen und mit Blick auf diese Schnittstelle sehr deutlich zu schauen: Wo gelingt es, hier an den Übergängen nochmals nachzuschärfen und Übergänge reibungsloser zu gestalten? – Denn man sieht auch zum Beispiel bei den Schulabbrecherquoten, dass dort, wo über die Berufskollegs ein Ausbildungsabschluss erreicht werden kann, noch einmal besondere Möglichkeiten bestehen. Daher gilt es, an dieser Schnittstelle auch zu prüfen: Wie gelingt es, hier Übergänge besser zu gestalten?

Christian Müller (Landkreistag Nordrhein-Westfalen): Ich nutze die Gelegenheit, um der Kollegin Amelung beizupflichten. Das Beispiel der RWTH Aachen ist ja nur ein symptomatisches Beispiel. Wir brauchen einfach mehr Studienplätze. Die Lage ist aktuell schon dramatisch und wird in den nächsten Jahren noch deutlich schwieriger. Frau Müller-Rech, ich kann Ihnen nicht zusagen, dass das auch kurzfristige Effekte haben wird. Das heißt aber nicht, dass man darauf verzichten sollte, den ersten Schritt zu machen. Da wird es auch eine Zusammenarbeit der beiden Ministerinnen geben müssen. Ministerin Brandes und Ministerin Feller müssen das zur Cheffinnensache machen. Die beteiligten Kommunen – die StädteRegion Aachen, der Kreis Düren und der Kreis Heinsberg – haben schon entsprechende Gespräche angeboten. Es wäre ein gutes Signal, wenn die Ministerinnen sich mit den Kreisen und der StädteRegion zu diesem Thema noch einmal zusammenschalten würden. Da müssen konstruktive Gespräche geführt werden. Es muss aber auch eruiert werden, wo möglicherweise noch Bedarfe bestehen.

Es gibt einen Lehrermangel, und die Arbeit für die Lehrkräfte wird immer mehr, wie wir von den Vorrednerinnen zu Beginn schon gehört haben. Auf die lange Sicht ist natürlich der Weg der Wahl, dass man neues Lehrpersonal ins System bringt. Nach unserer Ansicht wäre ein sehr wesentlicher Beitrag, zu schauen, ob wir mehr Studienplätze insbesondere auch für den Bereich der Grundschulen zur Verfügung stellen können. Hier müssen alle Bildungsbereiche zusammenarbeiten. Das hat die Bundesagentur für Arbeit zusammen mit der Hochschulrektorenkonferenz am heutigen Tag auch noch einmal bestärkt. Da muss man wirklich konstruktiv zusammenarbeiten und ernsthafte Gespräche führen.

Milena Magrowski (Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen): Das, was die beiden Kollegen vor mir schon erörtert haben, will ich nicht wiederholen. Ich kann

das eigentlich nur bekräftigen, muss aber auch dazusagen: Als kurz- bzw. mittelfristige Maßnahme ist es mit Sicherheit richtig und wichtig, erst einmal zu schauen, an welchen Punkten wir jetzt die hohen Bedarfe haben, wo man jetzt etwas tun muss und wie an welchen Stellschrauben gedreht werden kann. Nichtsdestotrotz darf das nicht davon abhalten, auf lange Frist gesehen eine Gesamtstrategie für ganz NRW zu entwickeln. Man darf also nicht nur dort etwas tun, wo wir jetzt akut den Bedarf haben; denn es kann sich im Laufe der Jahre auch verschieben, sodass wir dann in anderen Regionen auf einmal einen höheren Lehrkräftemangel haben. Wie gesagt, ist das kurz- und mittelfristig auf jeden Fall sinnvoll. Auf lange Frist gesehen muss es aber ein Gesamtkonzept geben, in dessen Rahmen man an allen Ecken schaut, inwieweit man dort neue Lehrkräfte gewinnen kann. Dabei darf man sich nicht auf Hochschulen beschränken, die möglicherweise gerade eine gute Ausgangslage haben, sondern muss auch prüfen, was in Zukunft noch getan werden kann, um auch dort Studienplätze zu schaffen.

Ayla Çelik (GEW NRW): Es gilt, den Lehrkräftemangel zu beheben. Das ist tatsächlich eine der größten und dringlichsten Aufgaben der Bildungspolitik. Wir haben eingangs ja gesagt, dass das Handlungskonzept da gegensteuern will und wollte. Im Endeffekt steht fest, dass die Arbeitsbedingungen gerade derjenigen, die sich jetzt im System befinden, eher verschlechtert worden sind. Weil wir mehr Lehrkräfte brauchen, die ausgebildet werden müssen, brauchen wir mehr Studienplätze und gute Studienbedingungen. Denn letztendlich gilt es auch, über eine gute Beratungsinfrastruktur, die dann noch entstehen muss, Studienabbrüche zu verhindern.

Zudem ist es natürlich notwendig – ich wiederhole mich hier gerne –, den Beruf attraktiver zu gestalten. In Anbetracht der Mehrbelastungen, die es gibt, wie hier schon mehrfach betont worden ist, gilt es tatsächlich, sofort Entlastung in die Schulen zu bringen. Zwar können wir keine Menschen backen, die wir dann in das System hineingeben. Aber wir können Entlastung gewähren, wo sie möglich ist, und über den multi-professionellen Einsatz von Menschen dafür sorgen, dass die Lehrkräfte, die jetzt im System sind, sich tatsächlich auf ihre didaktisch-pädagogische Arbeit konzentrieren können. Das muss auch ermöglicht werden – etwa durch Einstellung von Verwaltungsassistenzen, durch Unterstützung durch Sozialarbeiter*innen und Sozialpädagog*innen oder durch Herabsetzung der Klassenfrequenzwerte. Gerade jetzt muss das erfolgen, wenn wir die Qualität der Bildung wiederherstellen wollen. Die Erhöhung der Anrechnungsstunden und der Leitungsstunden muss gewährleistet sein.

Vor allem brauchen wir aber eine Sichtung, Entschlackung und Anpassung der Lehrpläne. Inwieweit sind die Lehrpläne von vorgestern überhaupt in der Lage, die Kinder auf ein Morgen vorzubereiten? Hier spreche ich von der Transformation. Hier spreche ich von unserem Standort als Industrieland, das wir ja auch bleiben wollen. Hier spreche ich davon, dass wir derzeit die Kinder reihenweise ohne Abschluss entlassen. Jährlich entlassen wir 15 bis 20 % der Kinder ohne Abschluss ins Leben. Das ist ein Armutszeugnis.

Außerdem müssen wir die Prüfungsformate kritisch hinterfragen. Denn wenn wir Lernen als einen ganzheitlichen Prozess betrachten, dann kann Lernen nicht die Summe von kognitivem Wissen sein. Es kann nicht die Summe von Klassenarbeiten sein, die alle drei Wochen den Kindern und Jugendlichen abverlangen, Wissen herauszusprudeln. Man spricht auch von Fast-Food-Wissen. Das heißt, dass es uns darum gehen sollte, Kindern das „Lernen lernen“ beizubringen. Denn wenn wir sie nach dem Motto „Learning to the test“ auf irgendwelche Formate vorbereiten, ist das Wissen nachher weg.

Wir müssen auch die Reduktion der Lehrkräfte bzw. der Konferenzen hinterfragen. Denn wir sagen, dass jedes Kind das Recht auf Bildung, Erziehung und individuelle Förderung hat. Dann ist es unsere Pflicht, als Staat, als Land und als Gesellschaft dafür zu sorgen, dass Bildung als Schlüssel für ein selbstbestimmtes Leben und vor allem für eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben – hier klammere ich aus: als Fundament der Demokratie – auch verwirklicht wird, egal woher die Kinder kommen, über welchen sozioökonomischen Hintergrund sie verfügen und vor allem, welche Herkunft sie überhaupt haben.

Herr Seifen, das Problem sind nicht die Kinder, die die Sprache nicht beherrschen. Das Problem ist das System, das nicht in der Lage ist, diesen Kindern über entsprechende Ressourcen die Sprache beizubringen.

Anne Deimel (VBE NRW): Frau Schlottmann, aus meiner Sicht müssen wir dringend darüber nachdenken, was für eine Bildung und Ausbildung unsere Kinder und Jugendlichen im Jahr 2023 brauchen, um den Herausforderungen der Gesellschaft in den nächsten Jahrzehnten gerecht zu werden. Es gab den großen Aufschrei: ChatGPT; oh Gott, oh Gott. – Das zeigt aber nur, dass wir dringend überlegen müssen: Was sind wirklich grundlegende Kernkompetenzen? Was sind Schlüsselqualifikationen, die in Schule zu lernen Kinder und Jugendliche ein Anrecht haben?

Ich sehe das genauso wie meine Vorrednerinnen. Es geht doch eher um Problemlösestrategien; es geht um „Lernen lernen“. Immer wieder lesen wir und hören wir von Professoren und Wissenschaftlern, wie oft es passiert, dass Schülerinnen und Schüler für die nächste Klassenarbeit oder Klausur lernen, und danach ist es weg. Das kann ja nicht das sein, was wir wollen. Es ist keine Frage, dass wir bestimmte Basisfähigkeiten und grundlegendes Wissen benötigen. Da müssen wir uns als Gesellschaft jetzt aber auch einmal die Mühe machen, uns mit denen, die für Schule verantwortlich sind, hinzusetzen und darüber zu sprechen, was denn das ist, was in Schule wirklich notwendig ist. Denn in einem sind wir uns ja einig, denke ich: Der Unterricht nach Stundentafel findet nur noch in den seltensten Fällen statt.

Es wurde nach direkten Entlastungen gefragt. Wir müssen einfach diesen Druck aus dem System nehmen. Wenn Sie mit Lehrkräften, die jeden Tag in den Klassen den Unterricht halten, oder mit Schulleitungen reden, dann erzählen sie alle dasselbe – das hat sich jetzt durch Corona potenziert –, nämlich, dass sie wirklich versuchen, den Lehrplan abzuarbeiten, aber immer wissen, dass sie das überhaupt nicht schaffen.

Dadurch entsteht ein Druck in Schule, der dringend durchbrochen werden muss und herausgenommen werden muss, und zwar auch für die Schülerinnen und Schüler.

Wir brauchen eine Schule, in der die Schülerinnen und Schüler merken, dass dieses Schulsystem für sie da ist – und nicht etwa sie für die Schule da sind –, um dann Dinge abzuarbeiten und Lernen als gemeinsames Voranschreiten zu erfahren. Wir sind im Jahr 2023. Lernen findet heute in der Gemeinschaft und in der individuellen Förderung statt. – Das musste ich wenigstens einmal sagen, Herr Seifen. Was Sie ausgeführt haben, kann ich so nicht stehen lassen.

Frau Engin, zu den einzelnen Entlastungen gehören natürlich auch die MPTs – das sehe ich genauso –, und zwar dann im professionsspezifischen Einsatz. Wir haben im Moment im Rahmen von MPTs sozialpädagogische Fachkräfte an den Schulen, die Vertretungsunterricht machen. Das muss dringend aufgelöst werden. Sie müssen ihrer Profession gemäß eingesetzt werden, damit die Lehrkräfte ihrer Profession gemäß Unterricht machen können.

Wir brauchen Schulverwaltungsassistenz, die nicht mit Lehrerstellen finanziert wird, und Schulsozialarbeit. Wir benötigen aber auch – da sind die Kommunen angesprochen – an vielen Orten mehr Sekretärinnenstunden. Außerdem sollten wir im Blick behalten, dass der Rechtsanspruch auf Ganzttag immer näher rückt und wir sehr, sehr viele Erzieherinnen und Erzieher brauchen. Auch da sollten wir sehr schnell mit der Ausbildung und Qualifizierung beginnen, zumal heute schon Erzieherinnen und Erzieher in den Grundschulen und in den Schulformen der Sek I in MPTs für das Gemeinsame Lernen eingestellt werden. Es kann nicht sein, dass wir uns als Institutionen des Gesamtbildungssystems hinterher gegenseitig die Fachkräfte wegnehmen.

Zur Entlastung zähle ich auch eine wirklich gute Qualifizierung von Seiteneinsteigenden.

Insgesamt ist zu sagen – da kann man in den aktuellen Tabellen nachgucken –, dass NRW mit seinen Bildungsausgaben immer sehr weit unten in den Tabellen steht. Die Grundschule in NRW ist nach wie vor auf dem letzten Platz bei allen Schulformen von allen Bundesländern. Wir brauchen dringend mehr Finanzierung in dieses Bildungssystem NRW.

Als letzte Entlastung in die Zukunft gesehen möchte ich auch noch einmal darum bitten – über dieses Ansinnen habe ich mich sehr gefreut, weil wir schon seit Jahren dafür eintreten –, die Polyvalenz der lehramtsbezogenen Bachelorstudiengänge in den Blick zu nehmen. Man sollte rechtzeitig schauen, wer Lehrkraft werden möchte und wie man den Prozess dahin so gestalten kann, dass die Studierenden dann auch in die jeweilige Schulform gehen können, aber Zeit haben, sich im Studium dafür zu entscheiden, damit wir nicht hinterher dastehen und sagen: Am Gymnasium sind leider ein paar Lehrkräfte mehr; sie müssen jetzt in die Hauptschule, in die Realschule oder in die Grundschule gehen. – Die bessere Lösung wäre, frühzeitig anzusetzen.

Matthias Kürten (VBE Region Aachen): Ich danke für die Einladung und Frau Müller-Rech für die Frage. – Landesweit ist der Lehrkräftemangel unterschiedlich ausgeprägt.

In Paderborn und Bielefeld, wo eine Lehrkräfteausbildung vor Ort stattfindet, versteht man darunter etwas anderes als in der StädteRegion Aachen und in angrenzenden Kreisen. In der StädteRegion Aachen versteht man darunter, dass pro Woche 2.000 bis 3.000 Unterrichtsstunden ausfallen. Man versteht darunter, dass verzweifelte Schulleitungen Briefe an Eltern schreiben, ob es irgendjemanden gebe, der Englisch spreche und den Englischunterricht übernehmen könne; nach pädagogischer Qualifikation wird gar nicht mehr gefragt. Man versteht darunter, dass Klassen zum Teil nur noch drei oder vier Tage pro Woche in Präsenz unterrichtet werden und teilweise ins Distanzlernen geschickt werden müssen, weil keine Lehrkräfte mehr da sind.

Das Potenzial bei der Erweiterung der Lehrkräfteausbildung an der RWTH Aachen für die Grundschule, die Sekundarstufe I und die Förderschule ist gewaltig. Fast täglich melden sich Schülerinnen und Schüler oder Eltern beim VBE, die fragen, wann es denn so weit sei, dass ihr Kind gegebenenfalls vor Ort studieren könne. Man merkt deutlich, dass die Nachfrage da ist.

Mittlerweile haben wir nur noch zu ca. 73 % grundständig ausgebildete Lehrkräfte, die an den Grundschulen der StädteRegion Aachen unterrichten. Viele Menschen, die nicht über das Lehramt verfügen, verfügen aber sehr wohl über die Zugangsberechtigung, ein Studium aufnehmen zu können. Das sind aber häufig junge Mütter, die einfach eingeschränkt sind und nicht mal eben nach Wuppertal oder Köln fahren können, um dort zu studieren. Für sie wäre es unheimlich wichtig, dass sie vor Ort ein Lehramtsstudium aufnehmen könnten und dann auch entsprechende Aufstiegschancen hätten. Damit würde auch der Unterricht an Qualität gewinnen.

Inzwischen stellen wir in der StädteRegion Aachen sehr viele Menschen ohne jegliche pädagogische Qualifikation ein. Insofern würde das, was Frau Müller-Rech angesprochen hat, auch kurzfristig helfen. Wenn wir Lehramtsstudierende bekämen, die eventuell einen Teil ihres Studiums an einer Schule verbringen oder als Nebentätigkeit Unterricht geben – natürlich in geringem Umfang, sodass das Studium nicht darunter leidet –, würde das uns allen sehr helfen.

Zum Abschluss sei noch darauf verwiesen, dass auf Initiative von Werner Pfeil 2017 der Runde Tisch zum Lehrkräftemangel stattgefunden hat. Damals gab es durchaus die Bereitschaft der RWTH Aachen, diesen Studiengang einzurichten. Hätten wir das damals gemacht, hätten wir heute viele Probleme weniger.

Frank Hoppen (Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Berufskollegs in NRW):

Vielen Dank für die Frage zu den Kooperationsmöglichkeiten zwischen Sek-I-Schulen und Berufskollegs. Ich habe das große Glück, an einem Berufskolleg arbeiten zu dürfen, an dem eine solche Kooperation seit Jahren praktiziert wird, und zwar völlig eigenorganisiert – leider ohne jegliche Vorgabe und Struktur vonseiten des Ministeriums und der Bezirksregierung. Das ist etwas, was sich auf jeden Fall ändern sollte. Es wäre sehr sinnvoll, wenn man anfangen würde, über solche sinnvollen Kooperationsvereinbarungen nachzudenken, und das Ganze – gerne über die Bildung von Regionalkonferenzen oder auch über die Fortbildungsdezernate der Bezirksregierungen – ein bisschen organisieren und strukturieren würde.

Wie sieht das ganz praktisch aus? Die jungen Erwachsenen kommen aus dem Sek-I-Bereich zu uns ans Berufskolleg zur Berufsorientierung. Sie sind dann bei uns in den Werkstätten, machen im Bereich „Kfz“, „Metall“ oder „Elektrotechnik“ Dinge mit ihren eigenen Händen und können dort Beruf erleben. Wir wissen ja, dass sie große Probleme im Bereich der Orientierung haben. Wenn sie dann irgendwann bei uns ankommen, stellen wir häufig fest, dass sie nach dem Sek-I-Bereich, obwohl KAOA ein gutes Projekt ist und da sicherlich auch gute Dinge angestoßen worden sind, nicht ausreichend orientiert sind. Würde man im Vorfeld ein bisschen eher tätig werden und flächendeckend Kooperationsvereinbarungen zwischen Sek-I-Schulen und Berufskollegs auf den Weg bringen, hätte man die Möglichkeit, eine qualitativ sehr hochwertige Berufsorientierung anzubieten.

Und was hat das mit der Entlastung des Systems zu tun? Ich glaube schon, dass es auch zu einer Entlastung des Systems führen würde, sowohl auf der einen als auch auf der anderen Seite, weil die Berufskollegs es dann bei den Kindern und Jugendlichen, die sie vorher in ihren Werkstätten vielleicht auch schon einmal mit handwerklichen Dingen konfrontiert haben, hinterher ein bisschen leichter haben, wenn sie im Berufskolleg aufschlagen. Möglicherweise haben sie ihre Berufsorientierung zum Teil dann auch schon mehr gefestigt und dementsprechend auch besser ausgebaut. Es ist also zwingend notwendig, dass man da kooperiert, um auch das gute System KAOA weiter auszubauen und fortzusetzen.

Sven Christoffer (lehrer nrw): Frau Schlottmann, Sie haben eine Frage bezüglich der Sicherung von Qualitätsstandards über Klassenarbeiten gestellt. Ja, auf jeden Fall sichern Klassenarbeiten Qualitätsstandards. Insofern sollte man auch nicht das Kind mit dem Bade ausschütten. Genauso gehört aber zur Wahrheit, dass wahrscheinlich keine andere Aufgabe an Schule für Lehrkräfte zeitintensiver ist als das Korrigieren von Klassenarbeiten. Wenn ich 28 Unterrichtsstunden und ein Korrekturfach habe, muss ich sicherlich fünf Klassenarbeiten parallel korrigieren. Bei einer durchschnittlichen Klassenstärke von 30 heißt das, dass ich innerhalb weniger Tage 150 Klassenarbeiten auf meinem Schreibtisch liegen habe. Was es bedeutet, sie in kurzer Zeit zu korrigieren und gleichzeitig den Unterricht für den nächsten Tag vor- und für den vergangenen Tag nachzubereiten, kann man sich, glaube ich, vorstellen.

Insofern plädiere ich für eine gewisse Offenheit, zumindest in den höheren Jahrgangsstufen auch über alternative Prüfungsformate nachzudenken, beispielsweise über mündliche Formate. Schauen wir uns doch einmal den weiteren Werdegang an. Während an der Schule fast alles schriftlich überprüft wird, haben wir im Ersten Staatsexamen ein ausgewogenes Mischverhältnis zwischen mündlichen und schriftlichen Leistungsüberprüfungen, und das Zweite Staatsexamen endet ausschließlich mit einer mündlichen Prüfung, nämlich dem Kolloquium. Es wird wohl niemand sagen, dass deswegen im Ersten Staatsexamen und im Zweiten Staatsexamen auf Qualitätsstandards verzichtet wird. Man sollte also sorgfältig abwägen und in höheren Jahrgangsstufen durchaus über Alternativen nachdenken. Ohnehin glaube ich, dass ChatGPT uns dazu zwingen wird, künftig intensiver darüber nachzudenken. Diese Entwicklung wird ja gerade erst angestoßen.

In der Sekundarstufe II haben wir – ich habe mich eben noch einmal rückversichert – in Leistungskursen Klassenarbeiten, die sechs Stunden dauern. Da kann man durchaus die Frage stellen, ob das wirklich sechs Stunden sein müssen oder ob man nicht auch ein gesichertes, qualitativ hochwertiges Ergebnis bekommt, wenn man sie um vielleicht zwei Stunden kürzt. Insofern sollte man auch einmal über die Dauer von Klassenarbeiten nachdenken, insbesondere in der Sekundarstufe II.

Frau Engin hat gefragt, was die Attraktivität des Lehrkräfteberufs kurzfristig steigern würde. Jetzt ist schon vieles genannt worden. Ich verzichte darauf, das zu wiederholen. Verwaltungsassistenzen sind auf jeden Fall sinnvoll. Nichtpädagogische Aufgaben outzusourcen, ist manchmal durchaus kompliziert, weil leider viele Aufgaben zumindest teilpädagogisch sind. Es gibt aber auch Bereiche, bei denen ich davon überzeugt bin, dass wir daran herangehen könnten, wenn wir wollten. Beispielsweise erhält jede Schule für die Administration von LOGINEO NRW eine Entlastungsstunde. Wenn ich es richtig in Erinnerung habe, macht das für das gesamte Land 160 Lehrerstellen aus. Da stelle ich mir schon die Frage: Warum muss denn eine Lehrkraft LOGINEO.NRW administrieren? – Das könnte doch auch ein IT-Experte machen, der dafür eingestellt wird, vielleicht auch für die Betreuung mehrerer Schulen gleichzeitig. Wir müssen also an vielen kleinen Stellschrauben arbeiten.

Die Qualitätsanalyse hat sich im letzten Jahr neu aufgestellt. Trotzdem wird sie an Schulen immer noch als große Belastung wahrgenommen. Daher halte ich es für durchaus sinnvoll, dass man die Qualitätsanalyse auf eine freiwillige Basis stellt.

Ja, wenn wir keine Lehrkräfte haben, brauchen wir Seiteneinsteigende, und wenn wir keine Sonderpädagogen haben, helfen MPTs sehr. Vor diesem Hintergrund glaube ich, dass die Schule der Zukunft multiprofessioneller sein wird. Sie muss auch multiprofessioneller sein. Das hat nicht nur mit dem Lehrkräftemangel zu tun, sondern auch mit der Erkenntnis, dass viele Professionen dazu beitragen können, Bildung und Erziehung zu fördern. Insofern sind es meines Erachtens diese vielen kleinen Stellschrauben, die dafür sorgen könnten, den Lehrkräfteberuf kurzfristig attraktiver zu machen.

Wenn wir über langfristige Attraktivitätssteigerung sprechen – also über einen Zeitraum von 10, 20 oder 30 Jahren, in dem hoffentlich irgendwann Lehrkräftemangel der Vergangenheit angehört –, dann sprechen wir bitte dringend über kleinere Klassen und über eine Reduzierung des Pflichtstundendeputats von 28 Stunden. Kein anderes der 16 Bundesländer mutet seinen Lehrkräften 28 Pflichtstunden zu. Da sind wir einsame Spitze. Insofern braucht es eine Reduzierung, weil eine Reduzierung auch mehr Zeit für Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung bedeutet. Das führt auch zu mehr Qualität.

Helmut Seifen: Wir ringen hier nach Ideen, wie wir mehr Lehrkräfte in die Schulen bekommen, um sie so auszustatten, dass der nächste IQB-Bildungstrend besser ausfällt. Beim IQB-Bildungstrend ging es um Sachwissen sowie um Fähigkeiten und Fertigkeiten. Er fiel so aus, dass es uns alle betrübt macht. Insofern bin ich schon erstaunt,

dass auch die eine oder andere Wortmeldung hier im Rund Hinweise enthält, dass das Sachwissen möglicherweise nicht ganz so vordringlich zu beachten sei.

Damit komme ich auch zum Praktikum. Ich verstehe, dass man glaubt, wenn man die jungen Leute schneller und häufiger in die Schulen hineinbringe, hätten sie möglicherweise einen höheren Anreiz, den Lehrberuf weiterzustudieren. Ich kann dazu Folgendes sagen:

Erstens haben wir das Eignungspraktikum und das Orientierungspraktikum. Das ist auch gut so – nicht dass ich hier falsch verstanden werde; Praktika sollen auf jeden Fall stattfinden. Aber schon das Praxissemester hat sich nicht als besonders hilfreich erwiesen – aus folgendem Grund: Das Referendariat wurde auf 18 Monate verkürzt. Das heißt, dass der Schulleiter die Referendare seltener in der Schule hat und dass weniger selbstständiger Unterricht stattfindet, als es vorher bei 24 Monaten der Fall war.

Zweitens ist das Praxissemester eine unausgereifte Geschichte. Ich weiß, dass die Fachleiter damals völlig ratlos waren, wie sie denn die jungen Leute an der Schule einsetzen sollten. Unterrichten dürfen sie nicht. Begleiten können sie. Dann werden sie vielleicht mal einen Vertretungsunterricht übernehmen. Das heißt, dass es eigentlich unser aller Meinung war – damit stehe ich ja nicht alleine –, dass dieses Praxissemester an der Stelle nicht hilfreich ist.

Warum? Zum Unterrichten – das werden Sie aus Ihren Erfahrungen als Schüler oder als Eltern oder vielleicht auch als Lehrer wissen – braucht man Autorität. Bitte wechseln Sie das nicht mit „autoritär“. Man braucht Autorität. Sie wissen, dass Lehrkräfte, die besonders firm in ihrem Unterrichtsfach sind und deswegen auch pädagogisch-didaktisch besonders findig sind – das sind sie doch nur, weil sie fachlich absolut intensiv drin sind –, besondere Autorität ausstrahlen. Und das ist von vornherein von entscheidender Bedeutung. Genauso, wie das bei den Lehrkräften ist, ist es auch bei den Schülern. Sachwissen, Verstehen und Sinnerfassung stehen an erster Stelle, natürlich eingebettet in den Lernzusammenhang und in den sozialen Zusammenhang einer Lerngruppe. Das ist von entscheidender Bedeutung. Wenn eine Lehrkraft an der Stelle noch nicht sicher und fest ist, merken die Schüler das sofort. Man merkt sofort, ob eine Lehrkraft sicher ist oder nicht.

Ständig Studenten in die Schule zu schicken, ist deswegen nicht effizient und nicht hilfreich. Das heißt nicht, dass nicht jeder Einzelne für sich dann zwischendurch vielleicht noch mal an der Schule auftaucht. Das ist ja selbstverständlich. Ich meine jetzt dieses Verordnete. Die verordnete Erweiterung der Praktika ist nicht hilfreich.

Die Referendare haben ein Erstes Staatsexamen hinter sich. Sie sind Fachleute und Fachkollegen. Meine Erfahrung ist – als Schulleiter habe ich selbst auch Referendare ausbilden müssen, mit Gutachten –, dass man dort adäquate Gesprächspartner hat, die dann genau wissen, warum diese Unterrichtsstunde sehr gelungen war oder vielleicht nicht ganz so gelungen war. Denn sie haben eben auch den fachlichen Sachverhalt durchdrungen. Das ist von entscheidender Bedeutung.

Das heißt: Orientierungspraktikum gerne. Eignungspraktikum gerne. Das Praxissemester würde ich zugunsten einer Erweiterung des Referendariats abschaffen und dann wirklich Wert darauf legen, dass das Sachwissen so tief ist, dass man pädagogisch-didaktisch vernünftig arbeiten kann.

Heliane Ostwald: Ich möchte noch einmal den Blick auf den Klassenraum lenken. Wir reden immer über Unterricht, über Qualitätssicherung und darüber, warum Seiteneinsteiger sinnvoll sind oder nicht. Entscheidend für alles Gelingen ist doch die Unterrichtsarbeit.

In diesem Zusammenhang würde ich gerne auf Frau Amelung eingehen, die den Vorwurf der Ausgrenzung in den Raum gestellt hat, den ich so auf gar keinen Fall stehen lassen kann. Ich weiß nicht, ob Sie jemals in einer Förderschule waren und sich die hervorragenden Voraussetzungen angeschaut haben, die es dort gibt – räumliche Möglichkeiten, entsprechende Materialien und Sonderpädagogen mit vierjähriger Spezialistenausbildung, bezahlt nach A13, die seit Jahrzehnten dort tolle Arbeit geleistet haben. Wir reden hier über Wertschätzung von Unterricht und Lehrkräften. Was Sie vortragen, ist ein Affront gegen jeden, der sonderpädagogisch gearbeitet hat. Das möchte ich hier ganz deutlich sagen.

Ich habe vorhin erwähnt, dass diese Sonderpädagogen sich nach den Förderschulen zurücksehnen, weil sie dort eine Lerngruppe haben, in der sie eine wirkliche Beziehung zu den Kindern aufbauen können, und nicht nur als zweistündige Beratungskraft durch die Klassen hoppen. Hier habe ich also auch eine Lanze für die Sonderpädagogen gebrochen, die sich wünschen, dass Förderschulen wieder verstärkt in Schulentwicklungsplänen berücksichtigt werden.

Nun zu dem Unterrichtsgeschehen: Meines Erachtens wird maßlos unterschätzt, was Unterricht überhaupt bedeutet. Die fachdidaktischen Schwerpunkte, die schon im Studium gesetzt werden, in einer mehrjährigen hoch spezialisierten Ausbildung mit hohen Prüfungsanforderungen, verlangen, dass eine Unterrichtseinheit in kleinste Schritte aufgedrösel wird. Man muss sich anschauen, wo Schwierigkeiten sind und wo die Kinder stolpern könnten. Man muss das alles antizipieren. Man muss den Unterricht entsprechend planen. Man muss die Materialien bereitstellen. Jetzt muss man nicht nur zieldifferent auf verschiedenen Kompetenzstufen arbeiten, sondern entsprechend dem Gemeinsamen Lernen auch ganz andere Schülergruppen adäquat fördern. Das ist eine Mammutaufgabe, die nicht einmal altgediente Pädagogen ohne Weiteres schaffen. Ich habe Ihnen vorhin von entsprechenden Fällen berichtet und bin sicher nicht die Einzige, die schon so etwas erlebt hat.

Diese Herkulesaufgabe in diesen maximal heterogenen Klassen als Seiteneinsteiger überhaupt zu überleben, ist für mich mit einem riesigen Fragezeichen versehen. Ich weiß, dass wir die Seiteneinsteiger brauchen. Aber ich habe im Fernsehen vor zwei oder drei Wochen eine Dokumentation über Quereinsteiger – wir reden immer über Quereinsteiger – gesehen, in der das Ganze aus Sicht der Quereinsteiger dargestellt wurde. Darin wurde von einer Dame berichtet, die, allerdings in Berlin, als LovL, also als nicht voll ausgebildete Lehrkraft, vor eine Klasse gestellt wurde. Sie sagte: Ich

stand vor der Klasse und wusste gar nicht, was ich den Kindern beibringen sollte. – Als ich das gehört habe, habe ich gedacht: Es kann doch nicht die Zukunft unserer Schule und Bildungsgerechtigkeit sein, dass wir solche Quereinsteiger, die sicher hoch motiviert und menschlich absolut integer dort anfangen möchten, so ins kalte Wasser werfen – in diesen Klassen, die selbst altgediente Hasen manchmal zur Verzweiflung bringen.

Sie kennen die Problematik mit nicht inkludierbaren Kindern. Ich nenne hier einmal den Förderschwerpunkt Emotionale und soziale Entwicklung. Als das Gemeinsame Lernen auf den Weg gebracht wurde, hieß es, dass diese Kinder besonders beachtet werden. Nein, sie sitzen auch in den Regelschulen, wie alle anderen. Es ist eine Herausforderung, die nicht zu schaffen ist. Wenn ein Kind unter dem Tisch sitzt und keine Lust hat, wenn ein Kind aus der Klasse läuft, weil es lieber draußen spielen möchte, wenn ein Kind permanent Geräusche macht, weil es den Unterricht stören will und das schön findet, dann ist das eine Aufgabe für Lehrkräfte mit einer ganz besonderen Ausbildung, die notwendig ist, um mit diesen Kindern adäquat umzugehen, sie abzuholen, sie anzunehmen und sie so zu fördern, dass wirklich Bildungsgerechtigkeit gewährleistet ist.

Davor, hier ein Rechenspiel daraus zu machen, kann ich nur warnen. Das wird die Lehrer vor Ort nicht entlasten. Deswegen sehe ich diese Quereinsteiger mit sehr gemischten Gefühlen.

Vorsitzender Florian Braun: Gestatten Sie mir eine Anmerkung. Ich freue mich sehr, wenn hier leidenschaftlich diskutiert wird und für die eigenen Überzeugungen eingestanden wird. Dennoch darf ich freundlich darum bitten, dass ebenso auch die Meinungen untereinander akzeptiert werden.

Ulrich Martin (Philologenverband NRW): Ich bedanke mich für die Gelegenheit, als Vertreter des Philologenverbandes hier zu Ihnen sprechen zu können. Unsere Landesvorsitzende Sabine Mistler wäre gern hier gewesen. Sie ist aber kurzfristig erkrankt und hat mich gebeten, sie heute zu vertreten.

Ich möchte auf die Frage von Frau Schlottmann eingehen, die sich erkundigt hat, ob eine Reduzierung des Prüfungsaufwandes mit der Sicherung von Qualitätsstandards in Einklang zu bringen ist, und dabei auch auf den in dem Handlungskonzept enthaltenen Aspekt „Reduzierung der Anzahl der Klassenarbeiten und Anerkennung der ZP 10 als Klassenarbeit“ hingewiesen hat.

Ich darf vorwegschicken, dass diese Maßnahme in das Kapitel „Wertschätzung der Beschäftigten an Schulen und Entlastungen der Lehrkräfte und Schulleitungen“ eingebettet ist. An dieser Stelle möchte ich grundsätzlich festhalten, dass wir als Lehrkräfte an den Gymnasien und den Schulformen der Sekundarstufe II uns in diesem Kapitel nur sehr wenig wiederfinden. In dem Kapitel „Wertschätzung“ geht es ja im Wesentlichen um die Anhebung der Eingangsbesoldung für die Schulformen der Grundschule und der Sekundarstufe I, was wir den Kolleginnen und Kollegen dort auch gerne

gönnen. Gleichwohl würden wir uns als Lehrkräfte der Sekundarstufe II natürlich auch ein deutliches Signal der Wertschätzung für die von uns geleistete Arbeit wünschen.

Wie wir auch in unserer Stellungnahme ausgeführt haben, hätten wir uns eher gewünscht, die ZP 10 gar nicht am Gymnasium zu implementieren, weil sie aus unserer Sicht an dieser Schulform nicht erforderlich ist. Sie ist eine Abschlussprüfung. Es verlassen aber lediglich 6 % aller Schülerinnen und Schüler das Gymnasium nach der Klasse 10. Insofern steht der damit für die Kolleginnen und Kollegen verbundene Aufwand in keinem vernünftigen Verhältnis zum Ertrag.

Gleichwohl begrüßen wir natürlich die Grundrichtung, dass hier über Reduzierungen des Prüfungsaufwands nachgedacht wird. In unserer bisherigen Diskussion ist wohl deutlich geworden, dass es für eine Attraktivitätssteigerung des Lehrerberufs grundsätzlich auch einer systematischen Aufgabenkritik bedarf. Insofern muss die Frage gestellt werden, was in Schule tatsächlich von Lehrkräften geleistet werden muss und welche Aufgaben gegebenenfalls von anderen Berufsgruppen, von Unterstützungspersonal, übernommen werden können. Nur so werden wir Freiräume für das eigentliche Kerngeschäft der Lehrkräfte, nämlich für den Unterricht, gewinnen.

Mit Blick auf die Schulform des Gymnasiums müssen wir feststellen, dass dort ein immens hoher Zeitaufwand für Korrekturen geleistet wird. Sven Christoffer hat gerade schon auf den hohen Korrekturaufwand in den Schulformen der Sekundarstufe I hingewiesen. In der gymnasialen Oberstufe potenziert sich das deutlich. Der Zeitaufwand ist in den vergangenen Jahren durch neue Prüfungsformate sowie neue Anforderungen an Klausurerstellung und Klausurkorrektur auch eher gestiegen als gesunken. Da ist einiges aus der Balance geraten. Wir müssen einfach feststellen, dass derzeit der Bereich der Leistungskontrolle, der Leistungsmessung, einen zu hohen Raum einnimmt.

Deswegen ärgert es mich auch, wenn hier in der Diskussion immer von voraussetzungsloser Teilzeit gesprochen wird. Natürlich sind es gerade am Gymnasium vorrangig Lehrkräfte mit zwei Korrekturfächern, die Teilzeit in Anspruch nehmen. Das ist aber nicht voraussetzungslos, sondern hat eine Voraussetzung. Diese Voraussetzung ist systemimmanent, weil die Belastung dort nicht zu stemmen ist.

Vor diesem Hintergrund würden wir es sehr begrüßen, wenn über schlankere, zeitökonomische Verfahren der Leistungsmessung nachgedacht würde. Die Reduzierung, die Sie jetzt in dem Maßnahmenpaket vorschlagen, ist da ein erster Schritt, darf aber nicht der letzte Schritt sein.

Herr Christoffer hat auch auf das Pflichtstundendeputat hingewiesen. Wir stehen in Nordrhein-Westfalen an der Spitze. Lehrkräfte an Gymnasien unterrichten 25,5 Pflichtstunden. Das ist exakt die Zahl von Stunden, die Lehrkräfte auch im Jahr 1923 unterrichtet haben. Während die Wochenarbeitszeit im öffentlichen Dienst damals 54 Stunden betrug, liegt sie heute bei 41 Stunden. Das heißt mit anderen Worten: Lehrkräfte haben an dem sozialen Fortschritt der Reduzierung der Arbeitszeit im öffentlichen Dienst nicht teilgenommen.

Darüber muss man reden dürfen. Wir haben in unserer Stellungnahme auch ein Instrument vorgeschlagen, um die besonderen Spitzenbelastungen in Schule abfedern zu können, nämlich das Instrument der Anrechnungsstunden, das in der Verordnung zur Ausführung des § 93 Abs. 2 Schulgesetz beinhaltet ist. Die dort vorgesehenen Anrechnungsstunden erlauben derzeit allenfalls eine symbolische Entlastung für starke Korrekturbelastung. Da bräuchten wir mindestens eine Verdopplung, um tatsächlich Spitzenbelastungen innerhalb eines Kollegiums abfedern zu können.

Letzter Gedanke: Frau Schlottmann, wir müssen das hinbekommen, ohne Abstriche bei der Qualität in Kauf nehmen zu müssen. Wir haben eine hohe Quote von Studienabbrechern. Das zeigt uns, dass die Qualität nicht sinken darf. Wir müssen auch darüber nachdenken, welches Wissen verbindlich in Schule vermittelt werden muss. Über die Frage, wie diese Entlastung von Lehrkräften gelingen kann, ohne Abstriche bei der Qualität in Kauf nehmen zu müssen, müssen wir in den Dialog kommen. Für diesen Diskurs steht der Philologenverband gerne zur Verfügung.

Christian Pennekamp (Evangelische Grundschule der Stadt Dülmen): Ich fasse mich relativ kurz und möchte mich zunächst dem zum Klebeeffekt Gesagten anschließen, besonders der Stellungnahme von Herrn Kürten und seinen Ausführungen gerade, aber auch noch darauf verweisen, dass Herr Professor Klemm bereits 2017 in einer Untersuchung festgestellt hat, dass Lehrkräfte bevorzugt im Umfeld ihres Studienorts bleiben. Für meine Schule kann ich das übrigens vollumfänglich bestätigen.

Ich halte es für wichtig, dass überall im Land ausgebildet wird, weil wir überall gute Grundschulen brauchen. Chancengerechtigkeit für die Kinder und Jugendlichen beginnt für mich schon an dieser Stelle. Allein vor dem Hintergrund der Zahlen, die Herr Kürten bezüglich der Seiteneinsteiger in den Systemen rund um Aachen genannt hat, ist das ganz besonders wichtig für die Qualität von Unterricht.

Außerdem möchte ich sagen, dass ich auch schon jetzt, wenn man einen solchen Studiengang zum Beispiel in Aachen einführen würde, Chancen und Möglichkeiten für die Schulen sehe, weil sie Studenten in geringem Maße im Unterricht einsetzen könnten. So mache ich das auch an meiner Schule, die in Münster im Umfeld der Universität liegt. Die Studenten, die bei uns arbeiten, sind eine sehr wertvolle Hilfe. Gerade in der Schuleingangsphase, in der wir sie häufig einsetzen, ist jede helfende Hand willkommen und jede individuelle Zuwendung auch bitter nötig.

Und schließlich bin ich der festen Überzeugung: Was für die Medizinische Fakultät in Bielefeld gilt, gilt mit Sicherheit auch für eine Universität mit Lehramtsstudium.

Vorsitzender Florian Braun: Das war der Abschluss der zweiten Antwortrunde. Vielen Dank. – Jetzt eröffne ich die nächste Fragerunde. Bitte.

Franziska Müller-Rech (FDP): Meine dritte Frage richtet sich an Herrn Pennekamp, an Frau Scholz-Linnert und an Frau Foerste. Sie betrifft den Unterrichtsausfall, der die Bildungsbiografien von Schülerinnen und Schülern erheblich belastet. Wir sprechen

hier auch viel über die Belastung von Lehrkräften. Beides gehört untrennbar zusammen. Welche Stellschrauben sehen Sie für eine bessere Unterrichtsversorgung und eine Entlastung von Lehrkräften, damit sie sich wieder verstärkt ihrer pädagogischen Aufgabe widmen können?

Raphael Tigges (CDU): Meine Frage richtet sich an Herrn Professor Burckhart von der Landesrektorenkonferenz, an Frau Foerste und an Herrn Hoppen. Wie könnte man das System tatsächlich weiterentwickeln, um auf die bestehenden Bedarfe des Schulsektors zu reagieren und dabei Qualitätseinbußen zu vermeiden? Welchen Beitrag können insbesondere die Hochschulen hier noch leisten? Frau Foerste, in diesem Zusammenhang haben Sie das duale Studium und die praxisbezogene Ausbildung an Hochschulen angesprochen. Herrn Hoppen betrifft das insofern, als dass auch die HAWs ihren Beitrag zu der Lehrerausbildung leisten. Wie wird das bewertet? Hat das in Ihrem jeweiligen Sektor schon Wirkung entfaltet?

Prof. Dr. Daniel Zerbin (AfD): Frau Ostwald, wie bewerten Sie zum Beispiel Zwangsabordnungen an Brennpunkte, höhere Klassenfrequenzen oder die Einschränkung von Teilzeitmöglichkeiten aus dem Blickwinkel Ihrer eigenen Berufspraxis?

Jochen Ott (SPD): Nachdem wir jetzt sehr ausführlich das nicht ausreichende Handlungskonzept gewürdigt haben, möchte ich noch einmal auf die Fragestellung eingehen, die dem FDP-Antrag zugrunde gelegen hat. Ich freue mich, dass Franziska Müller-Rech wieder hier ist. Das war quasi Gedankenübertragung. Denn ich möchte auch Frau Foerste, Frau Scholz-Linnert, Frau Çelik und Frau Deimel mit einbeziehen, weil ich gerne noch einmal die Jüngsten angucken würde, nämlich die Grundschulen.

Wir haben Anfang dieser Woche bestätigt bekommen, dass die Schulabbrecherquote seit zehn Jahren etwa gleich ist, stellen aber in den letzten Jahren fest, dass der Anteil der sozial-emotional auffälligen Kinder höher wird und auch der Anteil der Kinder, bei denen eine geistige Beeinträchtigung diagnostiziert wird, ansteigt. Aus der IQB-Studie wissen wir – ich mache das kurz; es steht alles im FDP-Antrag –, dass 30 % der Kinder nicht richtig lesen, rechnen und schreiben können. Vor diesem Hintergrund ist zu befürchten, dass die Anfang dieser Woche genannten Zahlen weiter in die Höhe gehen. Denn diese Kinder sind gerade im System. Daher dürfte der Anteil der Kinder ohne Schulabschluss oder mit einem so schlechten Schulabschluss, dass sie nicht – in Anführungszeichen – „einsetzbar“ sind, eher steigen. Das würde wiederum allen Diskussionen um Fachkräftemangel in unserem Land, die wir momentan überall führen, komplett zuwiderlaufen. Wenn wir jetzt schon 20 % haben, sind wir dann bei 25 %. Was bedeutet das eigentlich?

Deshalb möchte ich Frau Foerste, Frau Scholz-Linnert, Frau Çelik und Frau Deimel bitten, folgende Frage zu beantworten: Wie müsste aus Ihrer Sicht in der Grundschule angesetzt werden, um die Ergebnisse der IQB-Studie angemessen zu bearbeiten?

Vorsitzender Florian Braun: Herr Kollege Ott, Sie haben jetzt vier Sachverständige angesprochen. Wir hatten uns auf drei verständigt.

(Jochen Ott [SPD]: Dann beschränke ich die Frage auf Frau Foerste, Frau Scholz-Linnert und Frau Çelik! Frau Deimel wird die Gelegenheit finden, sich trotzdem noch dazu zu äußern!)

Lena Zingsheim-Zobel (GRÜNE): Im Zusammenhang mit dem IQB-Bildungstrend haben wir jetzt viel über die Möglichkeit des Unterrichts und der Förderung gesprochen. Ich würde gerne ergänzend dazu die Landeselternkonferenz, die Landesschüler*innenvertretung und die Vertreterin von Balu und Du, Frau Gregor, Folgendes fragen: Mentoringprogramme wie Balu und Du und viele weitere tolle Projekte sind bereits an vielen Schulen und leisten dort gerade fern des Unterrichts einen Beitrag. Inwiefern können solche Programme auch eine Entlastung für Lehrkräfte bedeuten, und wie bewerten Sie das Zusammenspiel von dem Erwerb der Grundkompetenzen und der ganzheitlichen Persönlichkeitsentwicklung, die natürlich beide gleichwertig zu sehen sind?

Vorsitzender Florian Braun: Das waren die Fragen. Dann bitte ich um die Antworten.

Karla Foerste (Landeselternkonferenz NRW): Es wurden relativ viele Fragen an mich gerichtet. Ich beginne einmal mit den Entlastungsmaßnahmen für das Personal. Wie wir heute bereits häufiger gehört haben, brauchen wir zusätzliches Personal in der Verwaltung, Schulsozialarbeit usw., um Lehrkräfte zu entlasten, damit sie ihre eigentliche Arbeit machen können. Wir haben aber auch schon eine ganze Reihe von Personen im System, die vielleicht nicht besonders gut qualifiziert sind, die Schulbegleitung und Ähnliches machen. Wir müssen auch diese Personen nachqualifizieren und ihnen Möglichkeiten geben, im System zu bleiben und im System aufzusteigen, damit sie nicht nach Kurzem wieder herausfallen. Es ist ganz wertvoll, wenn Leute länger dabeibleiben können. Auch für die Kinder ist das wertvoll, weil dadurch Kontinuität entsteht.

Nun komme ich zu der Frage bezüglich der Hochschulausbildung mit der Dualität. Vielleicht ist das nicht für jeden Studieninteressierten das Richtige. Es gibt aber etliche junge Menschen, für die ein duales Studium in anderen Fächern sehr attraktiv erscheint. Das müsste auch im Lehramtsstudium zu verwirklichen sein. Für viele Studierende stellt sich das finanzielle Problem. Wir wollen ja auch Menschen aus Nichtakademikerfamilien für das Studium begeistern. Ein duales Studium bietet dort mehr Sicherheit. Außerdem enthält es höhere oder frühe Praxisanteile, die den jungen Menschen stärker zeigen können, ob sie von ihrer Persönlichkeit her für diese Arbeit geeignet sind und ob sie wirklich Freude daran haben, mit Kindern zu arbeiten, sodass sie das dann nicht erst nach Längerem feststellen. Des Weiteren bietet es Unterstützung für die Schulen. Herr Pennekamp sagte gerade, dass die Studenten insbesondere bei den jüngeren Kindern Unterstützung für die Lehrkräfte leisten können, wenn sie Kinder noch einmal an die Hand nehmen.

Sicherlich müssen wir uns auch die Phase des selbstständigen Unterrichts der Lehramtsanwärter noch einmal anschauen und dafür sorgen, dass das Ganze realistischer aufgebaut ist. Die Landesregierung hat da jetzt auch ein neues Konzept. Es geht zum Beispiel darum, die Besuche oder die Überprüfungen des Unterrichts realistischer aufzustellen, sodass sie nicht mehr tage- und wochenlang vorbereitet werden müssen, was ein großer Stress ist, und dann ein Theaterschauspiel aufgeführt wird, das mit dem tatsächlichen Unterricht relativ wenig zu tun hat. Da lässt sich einiges machen.

Natürlich müssen Lehramtsstudenten in ihrem Fach sehr gut sein, damit sie überzeugend auftreten können. Da gebe ich Ihnen vollkommen recht, Herr Seifen. Doch viele Schüler haben immer Sorge vor einem Unterricht durch Studierende oder durch Referendare, weil sie sagen: Wir profitieren von diesem Unterricht relativ wenig dahin gehend, dass wir unsere Kompetenzen erweitern oder dass wir Inhalte dazulernen, weil es hauptsächlich um verschiedene Unterrichtsmethoden zu gehen scheint, die eine nach der anderen ausprobiert werden müssen. – Das ist für beide Seiten sehr unbefriedigend und kann auch dazu führen, dass die Lehramtsstudierenden sich dann doch anders orientieren, weil sie sagen: Das kann es nicht sein; das ist keine Freude für mich.

Eine weitere Frage bezog sich auf die Grundschule. Ja, die Grundschule braucht alle Ressourcen ins System hinein. Wir müssen ganz intensiv in die Grundschulen investieren. Das heißt nicht, dass wir die weiterführenden Schulen vernachlässigen dürfen. Aber erst einmal müssen alle Ressourcen in das Grundschulsystem hinein. Wir müssen uns auf die Kernkompetenzen konzentrieren. Wir müssen ganz viel ins Lesen, Schreiben und Rechnen bringen, weil alles andere davon abhängt. Wenn das nicht funktioniert, wird es auf die Dauer mit der Schulkarriere sehr schwierig. Allerdings sollten wir andere Dinge nicht völlig außen vor lassen. Kinder müssen Musik und Kunst machen – nicht nur zur Entlastung. Sie fördern auch verschiedene Fähigkeiten, die sie für das Lesen, Schreiben und Rechnen benötigen. Beispielsweise schulen sie die Feinmotorik und das Aufeinander-Hören. Das ist ganz wichtig. Wir müssen uns aber genau ansehen, wie unterrichtet wird. Es müssen evaluierte Methoden sein. Man darf nicht die neueste Mode durch die Schulen jagen, sondern muss schauen, ob diese Methode wirklich erfolgversprechend ist und ob auch die einzelne Lehrkraft mit dieser Methode gut unterrichten kann, damit es besser wird und wir am Ende der vierten Klasse Kinder haben, die für den Übergang fit sind.

Dann gab es die Frage zur Entlastung durch Mentoringprogramme. Ja, alles, was Entlastung bietet, sollte auf jeden Fall unterstützt werden, damit Lehrer sich auf ihre eigentliche Arbeit konzentrieren können. Für uns als Eltern fing das schon damit an, dass wir als sogenannte Lesemütter in die Schulen gegangen sind. Da ist sicherlich eine ganze Menge mehr möglich. Es sollte nicht so sein, dass Eltern, wie Herr Kürten aus Aachen berichtet hat, den Unterricht vollständig übernehmen. Trotzdem könnten sie rund um Schule herum wahrscheinlich noch sehr viel mehr unterrichten. Grundsätzlich bin auch ich der Auffassung, dass die Unterrichtsverpflichtungen von Lehrkräften in Deutschland zu hoch sind. Sie müssen langfristig verringert werden – nicht damit Lehrer mehr Freizeit haben, sondern damit sie mehr Zeit haben, zu beraten, mit den Kindern zu sprechen, mit den Eltern zu sprechen, wie das in vielen anderen Ländern

möglich ist, sodass die Eltern informiert sind, was ihr Kind braucht und wie sie es unterstützen können, und mit anderen Lehrkräften untereinander über die Kinder zu sprechen, sodass alle wissen, aus welchem Grund ein Kind denn im Moment Probleme hat. Wenn sie wissen, dass zu Hause gerade dieses oder jenes der Fall ist, können sie auch ganz anders mit dem Kind umgehen.

Laura Körner (Landesschüler*innenvertretung NRW): Ich möchte auch auf die Frage antworten, inwiefern Mentoringprogramme eine Entlastung sein können. Auf jeden Fall – da kann ich mich anschließen – sind sie eine Entlastung für die Lehrkräfte, weil verschiedene Aufgaben übernommen werden können. Ich denke, dass es sogar einige Fachbereiche gibt, in denen sich solche Mentoren intensiver auskennen als Lehrkräfte, weil sie sich auf spezielle Themen fokussieren können. Gleichzeitig können Mentoringprogramme für Schüler*innen eine total wertvolle Ergänzung zum alltäglichen Unterricht sein, weil dahinter häufig Ideen stehen, dass verschiedene soziale Gruppen aufeinandertreffen und miteinander arbeiten, sodass man voneinander lernen kann. Ich denke, dass das für beide Seiten total profitabel ist.

Grundkompetenzen und Persönlichkeitsentwicklung kann man meines Erachtens nicht wirklich in dem Sinne miteinander abwägen, dass man sagen könnte, eines davon sei wichtiger als das andere. Ich glaube, dass man Möglichkeiten finden muss, wie man beides in der Schule unterbringen kann, und zwar besonders in den Grundschulen, in denen alles immer losgeht. An dieser Stelle halte ich es auch für wichtig, sich noch einmal Methoden wie Montessori oder Ähnliches anzuschauen, bei denen die individuelle Förderung von Schüler*innen viel stärker stattfindet als beim normalen Frontalunterricht. Auch das heute schon häufiger angesprochene „Lernen lernen“, das wir in der Tat als Grundkompetenz brauchen, erlernt man dort viel eher als dann, wenn man immer in der Klasse sitzt und nur zuhören muss und hin und wieder Aufgaben bearbeiten muss. Deshalb denke ich, dass wir solche Aspekte auch nicht vernachlässigen dürfen.

Lisa Gregor (Balu und Du): Frau Zingsheim-Zobel, kommend von einem Mentoringprogramm beantworte ich die erste Teilfrage, inwiefern Mentoring Schulen und Lehrkräfte entlasten kann, mit einem lauten Ja. Dass es funktioniert, sehe ich vor allen Dingen an gestärkten Kindern. Es gibt nicht nur zu Balu und Du, dem Programm, für das ich spreche, sondern auch zu vielen weiteren Mentoringprogrammen mittlerweile Studien, die beweisen, dass die Kinder belegbar gestärkt werden. Das zeigt sich sowohl in der Persönlichkeitsentwicklung wie zum Beispiel verbesserter Selbsteinschätzung und Zunahme der Frustrationstoleranz als auch schlicht in besseren Leistungen, und zwar schon bei Mentoringprogrammen, die sich überhaupt nicht mit dem direkten Lernen von Grundkompetenzen beschäftigen, sondern mit dem, was man vielleicht ein bisschen despektierlich als „Drumherum“ zusammenfassen kann. Die Kinder gehen gestärkt daraus hervor und können deshalb intensiver und begeisterter am Unterricht teilnehmen.

Das ist nicht nur bei den Grundschulkindern so. Wir arbeiten als Programm auch mit weiterführenden Schulen zusammen. Die Jugendlichen in der Oberstufe sind dann schon Mentor*innen. Auch hier kann Mentoring eine Entlastung sein, also nicht nur für die Mentees, sondern auch für diejenigen, die als Mentor*innen aktiv sind, weil die Jugendlichen dann wieder Freude am Unterricht haben. Uns berichten ganz viele Lehrkräfte: Seit ich Balu und Du im Unterricht anwende, verstehen die Jugendlichen, warum sie das machen. Denn hier ist dieser Praxisanteil enthalten. Deshalb bekommen sie Lust, später vielleicht selbst in den sozialen Bereich oder in den didaktischen Bereich als Lehrkräfte zu gehen.

Darin steckt schon ein wenig die Antwort auf die zweite Teilfrage, inwiefern ein Zusammenhang zwischen Grundkompetenzen und Persönlichkeitsentwicklung besteht. Gerade in der Grundschule, mit der sich der Balu und Du e. V. intensiv beschäftigt, ist dieser Zusammenhang unbedingt gegeben. Wenn Kinder keine Zufriedenheit empfinden, kein Selbstbewusstsein haben und sich selbst nicht einschätzen können, fehlt die Grundlage zum Lernen von Grundkompetenzen. Denn auch für Lesen, Rechnen und Schreiben brauche ich erst einmal Aufnahmefähigkeit. Ein bildungsgerechtes System muss sich mit der Fragestellung beschäftigen: Wie machen wir Kinder überhaupt lernfähig? Wie machen wir sie offen für Inhalte?

Gerade da können, um wieder zur ersten Teilfrage zurückzukommen, Mentoringprogramme unglaublich unterstützen, um den ganz engen Zusammenhang zwischen Grundkompetenzen und Persönlichkeitsentwicklung zu supporten. Dann wird auch dieser auf gar keinen Fall nachzuordnende Aspekt von Persönlichkeitsentwicklung positiv auf die Grundkompetenzentwicklung einzahlen.

Frank Hoppen (Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Berufskollegs in NRW): Herr Tigges, der vlbs begrüßt die Kooperation zwischen den Hochschulen für Angewandte Wissenschaften und den Universitäten ausdrücklich und hat dies auch bereits in mehreren Stellungnahmen deutlich gemacht. Die Sondermaßnahmen, die hier eingeführt worden sind, sind auf jeden Fall zu begrüßen und weiter auszubauen.

In jedem Fall ein bisschen mutiger werden können wir bei der Weiterqualifizierung von in System befindlichen Kolleginnen und Kollegen, die zum großen Teil schon über die Qualifizierung DQR-Niveau 6 verfügen. Ich verweise an dieser Stelle wieder auf die Gruppe der Werkstattlehrkräfte, die im System befindlich sind. Sie könnten an vielen einzelnen Schulen dazu beitragen, den Lehrkräftemangel punktuell gut zu beseitigen, wenn man den Mut hätte, sie aus-, fort- und weiterzubilden, und das in vielerlei Hinsicht. Hier kann man sich zahlreiche Dinge vorstellen. Es gab früher am Berufskolleg die Laufbahn des Technischen Lehrers. Sie ist in den 90er-Jahren leider geschlossen worden. Es gibt die Möglichkeit, über eine berufsbegleitende Weiterqualifizierungsmaßnahme oder ein Bachelorstudium die Kolleginnen und Kollegen weiterzuqualifizieren und in den Master of Education zu überführen. Auch das ist sicherlich denkbar.

Wichtig ist bei allen diesen Dingen nur, dass man berücksichtigt, dass die Kolleginnen und Kollegen lebensälter sind und dafür eine Ermäßigung brauchen. Im Moment ist der Stand der Dinge: Als Werkstattlehrer, der Meister oder Techniker ist, kann man

sich irgendwo eine Fachhochschule suchen, in voller Stundenzahl berufsbegleitend seinen Bachelor machen und dann in den Master of Education einsteigen. – Dass das nicht von Erfolg gekrönt sein kann, brauche ich in dieser Runde wohl nicht weiter auszuführen. Die Kolleginnen und Kollegen sind auch im Werkstattunterricht höchsten Belastungen ausgesetzt. Im Übrigen machen sie 30 Stunden Werkstattunterricht – und nicht nur 25,5 Stunden. Auch das sollte hier nicht unerwähnt bleiben. Sie sind also noch einmal mehr belastet als die Kolleginnen und Kollegen, die im Theoriebereich unterwegs sind – ohne das jetzt werten und aufrechnen zu wollen. Man sollte es aber nicht unerwähnt lassen.

Hier sehe ich ein großes Potenzial. Derzeit haben wir ungefähr 950 Werkstattlehrkräfte im System. Wir haben über unsere Verbindungen in Arbeitskreisen usw. einmal nachgehört, wie viele davon weiterbildungsbereit wären. Es sind sicherlich zwischen 100 und 120 Menschen, die sich da auf den Weg machen würden, entweder in den Bereich des Technischen Lehrers oder in den Bereich des höheren Dienstes, also mit einem berufsbegleitenden Studium und dann dem Master of Education.

Meines Erachtens muss man hier insgesamt ein bisschen mutiger sein und die Debatte auch ehrlicher führen, insbesondere was die Anerkennung von beruflicher Bildung auf die akademische Bildung angeht. Ich verweise noch einmal auf den DQR. Bisher wird sehr viel darüber geredet. Angewendet wird es wenig. Gerade im System Schule ist davon gar nichts zu spüren, zumindest nicht für die im System befindlichen Nichtakademiker, zu denen ich auch gehöre. Daher kann ich nur dazu auffordern, mutig zu sein und das, was darin steht, auch einmal tatsächlich anzuwenden. Wie ich im Zukunftsvertrag von CDU und Grünen gelesen habe, möchte man einen Staatsvertrag bezüglich der Anerkennung von beruflicher und akademischer Bildung abschließen. Ich bin ein Fan davon und kann nur sagen: Das sollte auf jeden Fall in Angriff genommen werden.

Heliane Ostwald: Wie gesagt, spreche ich hier für die Grundschulen, die ja auch im Fokus stehen, weil sie nach wie vor die Säulen unseres Bildungssystems sind. Herr Professor Zerbin hat nach meiner Bewertung der geplanten Maßnahmen gefragt. Diese Maßnahmen, die jetzt über uns schweben – ich will nicht sagen: wie ein Damoklesschwert; aber doch schon recht bedrohlich –, sehe ich sehr, sehr, sehr kritisch. Ich finde es hochgefährlich, wie hier mit der Gesundheit der Lehrkräfte gespielt wird. Zwar sehe ich auch die Not, aus der diese Vorschläge geboren wurden. Aber sie stehen im krassen Gegensatz zu dem, was Lehrer an Grundschule heute brauchen.

Wir brauchen wirkliche strukturelle Änderungen, was die Rahmenbedingungen angeht, für die Unterrichtsorganisation. Hilfen im System sind sicher auch wichtig und entlasten auch teilweise. Aber die Unterrichtssituation in den Klassen – ich sage es noch einmal mit vollem Nachdruck – muss unbedingt spürbar verbessert werden, damit die Entlastung der Lehrer auch greift. Die Lehrer brauchen nicht ein Mehr von dem, was jetzt schon nicht funktioniert, sondern eine ehrliche Bestandsaufnahme.

Nach meiner Meinung bedeutet die maximal herausfordernde Klassensituation, die wir in vielen Stadtteilen und Quartieren finden, zusammen mit der höheren Schülerzahl

durch die Zuwanderung aufgrund des Krieges – in Kommunen wird die Klassenstärke schon auf 30 Kinder heraufgesetzt; bis 34 kann aufgestockt werden – im Grunde das Ende der individuellen Förderung. Es ist nicht mehr schaffbar. Das sage ich hier in aller Deutlichkeit. Es ist immer mehr Arbeit mit immer weniger Erfolg. Der Frust ist vorprogrammiert. Und das ist – ich sage es an dieser Stelle ganz deutlich – im Grunde ein Scheitern der inklusiven Bildungsreform, weil das, was sie leisten sollte, nämlich die individuelle Förderung, auf der Strecke bleibt.

Die bereits geschilderten Nervenzusammenbrüche der Kollegen bitte ich ernst zu nehmen. Das sind Warnzeichen. Als Arbeitgeber hat das Land den Beamten gegenüber auch eine Fürsorgepflicht. Die Gesundheit der Lehrer ist, wenn sie geschädigt ist, nachhaltig geschädigt. Nervenbelastungen sind nicht wie irgendeine körperliche Verletzung in ein paar Tagen heilbar. Man ist dann mehrere Wochen nicht dienstfähig. Anschließend gibt es Eingliederungsmaßnahmen mit erst einmal sechs Stunden pro Woche, um wieder an diesen Belastungspegel herangeführt zu werden. Das sind nachhaltige gesundheitliche Beeinträchtigungen, die hier in Kauf genommen werden. Ich befürchte, dass das nach hinten losgeht.

Prof. Dr. Holger Burckhart (Landesrektorenkonferenz der Universitäten in NRW):

Ich will kurz den Hintergrund schildern, vor dem ich hier meine Stellungnahme abgebe. Seit 2006 berate ich diesen Ausschuss genauso wie den Wissenschaftsausschuss als Sachverständiger oder Vertreter der Landesrektorenkonferenz oder sechs Jahre als Vertreter der Hochschulrektorenkonferenz, deren Vizepräsident ich war, oder auch aus der europäischen Perspektive.

Ich freue mich sehr darüber, wie stark das Interesse am Lehramt seit 2006 gestiegen ist. 2006 war ich Prorektor der Universität zu Köln und hatte 20.000 Lehramtsstudenten. Das Interesse der Hochschulleitung an der Lehrerbildung war marginal. Das war nicht nur in Köln so, sondern überall. Die Lehramtsausbildung war fünftes Rad am Wagen.

Heute sieht das völlig anders aus. Noch vor Kurzem hat die Landesrektorenkonferenz das klare Bekenntnis abgegeben, dass die Hochschulen in einer qualitätsgesicherten Lehramtsausbildung eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe sehen. Dazu stehen wir.

Entsprechend sind wir auch der Aufforderung von MSB und MKW vor vier Monaten sofort gefolgt, zur Schaffung zusätzlicher Studienplätze beizutragen. Ich werde nun systematisch abarbeiten, wie wir das Ganze aufstellen wollen. Wir differenzieren beim Maßnahmenkatalog auf der Zeitschiene. Wir betrachten – das zur Systemfrage – den Umgang mit dem NC und der Nachfragesituation. Wir kümmern uns um den Studienabbruch und die Quer- und Seiteneinsteiger. Was können die Hochschulen dafür tun? Das geht jetzt relativ schnell.

Zum Maßnahmenkatalog: Ich rede immer von „qualitätsgestützt“. Da bin ich bei dem, was Sie gerade gesagt haben und was hier immer wieder aufkam. Wir dürfen die Qualität der Lehramtsausbildung nicht vernachlässigen. Wenn wir das täten, käme es zum Schluss negativ bei den Kindern an und würde uns übermorgen wieder auf die Füße

fallen. Deshalb gilt es, Notmaßnahmen mit der Qualität zu verbinden. Da gibt es eine Zeitschiene, aber auch eine Komplexschiene.

Der Maßnahmenkatalog teilt sich in drei Teile auf: Erstens. Was ist zwischen ein und zwei Jahren an Aufwuchs realisierbar? Zweitens. Was ist zwischen zwei und drei Jahren an Aufwuchs realisierbar? Drittens. Was ist längerfristig an Aufwuchs realisierbar?

In den dritten Teil fallen die neuen Studienplätze, von denen Sie dauernd reden. Sie sind erst in ca. sieben bis zehn Jahren wirksam. So lange dauert es nun einmal. Es sind fünf Jahre Studium und zwei Jahre Referendariat. Mit entsprechenden Wartezeiten, Anpassungen und biografischen Wellenbewegungen sind wir bei zehn Jahren. Das kann niemand hier wollen. Zwar tun wir das auch. Aber es wird eben erst in zehn Jahren wirksam.

Wir haben zwei Vorschläge für die kurzfristigen Maßnahmen gemacht.

Die erste Maßnahme ist die Umstrukturierung des Masters of Education innerhalb der Universitäten gemeinsam mit den Zentren für schulpraktische Lehrerbildung, nämlich die teilweise Überführung von Praxisanteilen aus dem Referendariat in die Universitätszeit, die man, natürlich unter Begleitung von Masterstudierenden, entsprechend verlängert, wofür man das Referendariat gegebenenfalls kürzt, sodass die Studierenden keinen Zeitverlust in der Ausbildung haben. Das könnte ein Potenzial von etwa zehn bis zwölf Stunden pro Studierenden im Master bringen. Wenn die Hälfte oder ein Drittel der Studierenden dazu freiwillig bereit wäre und daran Interesse hätte, würden Sie in sehr kurzer Zeit sehr viel gewinnen. Denn sie sind schon im System und haben sich für das Lehramt erklärt.

Die zweite Maßnahme ist der Ein-Fach-Bachelor, den Bayern und andere Länder haben, zumindest als vorübergehende Maßnahme. Er ist vor allen Dingen für die Berufskollegs interessant, aber auch für die Grundschulen; denken Sie einmal an Sachkunde und Ähnliches. Das kann sehr schnell helfen, weil wir über entsprechende Maßnahmen im Master unmittelbar aus dem Ein-Fach-Bachelor auch einen Ein-Fach-Lehrer machen könnten, und zwar durch einen sehr hohen Anteil an Pädagogik, den diejenigen bis dahin nicht gehabt haben.

Das sind die beiden sehr kurzfristigen Maßnahmen, mit denen wir glauben, innerhalb von ein bis zwei Jahren dem Schulsektor Kräfte zuführen zu können.

In zwei bis drei Jahre wirken würde – das ist mehrfach angeklungen; deshalb erwähne ich es nur – der polyvalente Bachelor, den wir als Hochschulen schon vor zehn Jahren vorgeschlagen haben, wenn wir den polyvalenten Bachelor in dem Master entsprechend kompensieren. Das wird in Bielefeld und an vielen anderen Standorten gefahren, ist bei uns also geübte Praxis. Darauf kann man verstärkt zurückgreifen.

Dann kommen die langfristigen Maßnahmen, die neue Studienplätze bedeuten. Wir sind in fortgeschrittenen Verhandlungen mit den beiden Ministerien darüber, sie dann auch einzurichten und vorzuhalten.

Daneben bieten sich dezentrale Standorte als Maßnahme an. Herr Kollege Müller hat Aachen angesprochen. Hier gibt es fortgeschrittene Verhandlungen zwischen der

Bergischen Universität Wuppertal, der Universität Siegen und der RWTH darüber, einen dezentralen Standort für die Grundschullehrerausbildung in Aachen einzurichten. Sie müssen nur Kollegen finden, die nach Aachen fahren wollen. Denn diejenigen müssen das Ganze dort auch in irgendeiner Form qualitativ vorhalten. Das kann man hybrid machen. Da sind wir dran. Wir haben da ja Übung. Das ist auch nichts Neues. Weil wir alle Sport im Lehramt haben, haben wir alle Kooperationsverträge mit der Deutschen Sporthochschule Köln, und wer nicht in Köln ist, muss dorthin migrieren. Das muss kooperativ geregelt werden. Auch da gibt es Muster. Darauf sollte man zurückgreifen.

Dezentrale Standorte sind mit Blick auf den Klebeeffekt für das Lehramt richtig. Für viele andere Studienarten gilt das zwar nicht. Für das Lehramt können wir das aber bestätigen. Gerade für das Grundschullehramt gilt es sehr stark. Wir haben das gerade auch gehört – Stichwort „Familienverbünde“.

Der NC ist eine Resultierende aus Angebot und Nachfrage. Es gibt nur noch einen Standort, an dem die Nachfrage höher ist als die Zahl der Studienplätze, nämlich Köln. Alle anderen Standorte sind mittlerweile im zweiten Nachrückverfahren zu 100 % voll. Die Studierenden bewerben sich an sieben Studienorten und migrieren dann. So kommt am Anfang die Fülle zustande, und zum Schluss rüttelt sich das zurecht, oder sie gehen weg. Trotzdem wäre ein Mehrangebot absolut sinnvoll.

Mit dem Begriff „Studienabbruch“ sollten Sie sehr vorsichtig sein. Ein Studienabbrecher ist statistisch auch ein Studiengangwechsler. Sie wollen die Lehramtsstudierenden, die nicht mehr Lehrer werden wollen und in einen anderen Studiengang gehen, doch nicht wirklich als Abbrecher bezeichnen. Und wenn jemand Deutsch im Ein-Fach-Bachelor studiert und Lehrer wird, ist er für das Deutschstudium ein Abbrecher. Seien Sie also sehr vorsichtig mit diesen statistischen Größen.

Quer- und Seiteneinsteiger einzustellen, würden wir unbedingt unterstützen. Das haben wir auch immer wieder getan. Es muss aber qualitätsgesichert sein. Dafür sorgen wir mit den dezentralen Ausbildungen zusammen mit den Berufskollegs, mit denen wir die Kooperationen haben. In Münster, in Wuppertal, in Köln, in Siegen und in Aachen gibt es gemeinsam mit den Fachhochschulen schon BK-Ausbildungen. Das ließe sich noch ausbauen.

Kristine Scholz-Linnert (Landeselternschaft Grundschulen NRW): Wir von der Landeselternschaft Grundschulen freuen uns sehr darüber, heute hier sprechen zu dürfen und hoffentlich gehört zu werden. Sie haben es gemerkt: Das sind schon zwei Basiskompetenzen, die zum Teil doch sehr unterschiedlich sind. – Ich möchte zunächst auf die Frage von Frau Müller-Rech zum Thema „Unterrichtsausfall“ antworten und anschließend noch Herrn Ott Rede und Antwort stehen – hoffentlich, sofern wir das können – zur IQB-Studie und vor allen Dingen zu seinen Bedenken hinsichtlich des emotional-sozialen Verhaltens der Schülerinnen und Schüler.

Unterrichtsausfall in der Grundschule ist für uns Eltern die absolute Vollkatastrophe. Wenn wir nicht gerade Oma und Opa um die Ecke wohnen haben, können wir uns

dann nur krankschreiben lassen, zu Hause bleiben und alles andere absagen. Da geht gar nichts mehr, wenn wir keine Betreuung haben.

Sie haben jetzt – vollkommen zu Recht – ganz viel von der Belastung der Lehrkräfte gesprochen. Trotzdem möchte ich an dieser Stelle gerne die zum Teil bestehende Belastung der Kinder, aber gerade auch die Belastung der Eltern in den Blick nehmen, die unter ganz anderen Bedingungen arbeiten müssen und sich vielleicht nicht aussuchen können, ob sie Teilzeit arbeiten oder nicht. Ich bitte, dies im Rahmen der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung, die wir alle hier tragen, mit zu bedenken.

Langfristig gesehen, hört sich alles das, was Herr Burckhart gesagt hat, ja gar nicht schlecht an. Natürlich brauchen wir mehr Menschen im System. Die von der Landesregierung anvisierten 10.000 Stellen reichen bei Weitem nicht aus. Da stimmen wir der FDP-Fraktion zu. Im Übrigen hat auch schon die Klemm-Studie andere Zahlen in den Raum gestellt als die KMK. Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass mehr Menschen ins System gebracht werden müssen. Aber woher nehmen? Insofern müssen wir erst einmal mit den Menschen arbeiten, die schon im System sind.

An dieser Stelle möchte ich Frau Foerste von der Landeselternkonferenz unterstützen. In der Tat müssen die Menschen, die im System sind, auf jeden Fall weiterqualifiziert werden. Gerade in den Grundschulen haben wir schon sehr viel mehr Menschen als die reinen Lehrkräfte. Sie müssen auf jeden Fall mitgenommen werden und weiterqualifiziert werden, damit sie auch gute Arbeit machen können.

Darüber hinaus würden Grundschulen sehr davon profitieren, wenn auch dort Verwaltungsfachkräfte unterstützend eingesetzt würden. Denn ein Tag Sekretariat in der Woche reicht für alles, was dort hineinkommt, dann doch nicht aus. In diesem Zusammenhang erinnere ich auch an die vielen Telefonate der Schulleitungen mit den Kommunen wegen der Ausstattung. Insofern bitten wir noch einmal dringend darum.

Das müssen sich alle noch einmal vor Augen führen. Denn die Grundschule ist zum einen die einzige noch verbliebene echte Gesamtschule und zum anderen die Basis für alles, was dann kommt. Alles, was in die Berufsbiografien eingeht, gerade Sprachentwicklung und mathematische Entwicklung, findet hauptsächlich in der Grundschule statt. Aber auch das Treffen auf andere Menschen, das Aushalten von anderen Positionen usw. findet dort statt. Dem kann man in der Grundschule auch nicht unbedingt ausweichen. Und das ist gut so.

Deswegen ist es wichtig, dass in der Grundschule auch Raum für so etwas ist. Man könnte jetzt denken, dass die IQB-Studie dazu auffordert, nur Rechnen, Schreiben und Lesen verstärkt zu vermitteln. Nein, gerade da muss auch noch Zeit fürs Kinderparlament bleiben. Da findet Demokratie statt. Da bekommen Kinder eine erste Idee davon, was Mitbestimmung heißt. Um mich vorzubereiten, muss ich ja auch Sachen lesen, Fakten recherchieren und andere Dinge machen. Diese ganze Handlungsorientierung ist ebenfalls in den Fächern der Grundschulen verankert. Das muss immer mitbedacht werden und darf nicht unter den Tisch fallen.

Wir haben festgestellt, dass es Reibungsverluste an Grundschulen ganz oft dort gibt, wo die Grundschule sich nicht als Team versteht, wo der Ganzttag nicht verzahnt ist

und wo die Menschen im System überhaupt keine Gelegenheit haben, sich miteinander auszutauschen und diese Teamarbeit zu koordinieren und zu systematisieren. Ich weiß, dass es auch Beratungsangebote vom Land gibt, in deren Rahmen Schulen beraten werden und geschaut wird: Was braucht euer Team, damit ihr gut arbeiten könnt? Was braucht ihr, damit die Menschen, die da sind, alle Ressourcen gut nutzen können? – Dass dieses gute Arbeiten sichergestellt wird, ist uns ein dringendes Anliegen. Denn auch wir als Eltern profitieren davon, wenn unsere Kinder gerne in die Schule gehen, weil sie multiperspektivisch von allen Seiten lernen und dabei viele unterschiedliche Menschen kennenlernen.

Auch Mentoringprogramme halte ich für eine tolle Sache. Vor einem warne ich allerdings. Denn es ist uns sehr wichtig, dass gerade in der Grundschule die Qualität erhalten bleibt. Deswegen finde ich es super, dass jetzt auch die OBASler in der Grundschule sind und dass nicht mehr die sogenannten Nur-Ein-Fachler mit pädagogischer Grundausbildung überall eingesetzt werden. Das ist, glaube ich, sehr gefährlich. Ansonsten werden die OBASler ja noch einmal anders begleitet. Was allerdings nicht gehen kann, ist, dass Studierende, die vielleicht ein Praxissemester gemacht haben, sofort eine Vertretungsstelle übernehmen und erst zwei Jahre warten, bevor sie ins Referendariat kommen. Das halte ich auch für gefährlich. Insofern finde ich auch die Idee – Frau Foerste hat es schon gesagt – des dualen Studiums sehr charmant.

Sicherlich muss man noch einmal darüber nachdenken, wie man Lehrkräfte entlasten kann. Dass sie sich um die anderen Menschen im System kümmern, sie beraten, sie mit ins Reflektieren nehmen und ihnen wirklich etwas erklären können, halte ich für ganz wichtig. Da sollte man auch Anreize geben. Vielleicht sagen dann auch ein paar Teilzeitkräfte: Ich kann zwei Stunden mehr arbeiten gehen, wenn ich sie für Beratung von Studierenden, Seiteneinsteigern usw. bekomme und in dieser Zeit wirklich Konzeptionsarbeit machen kann.

Darüber hinaus müssen die Lehrpläne auf den Prüfstand gestellt werden. Man muss schauen, was darin das wirklich Wichtige ist, gegebenenfalls eine Entschlackung vornehmen und die Basiskompetenzen in allen Fächern verankern.

Last, but not least ist es notwendig, die Eltern mitnehmen. Wir müssen das, was Sie da mit uns machen, ja auch verstehen. Sonst könnten wir doch auf die Idee kommen, dass es reicht, wenn unsere Kinder zwei plus zwei rechnen können. Aber das genügt in unserer komplexen Welt überhaupt nicht. Insofern ist es ganz wichtig, mit Eltern ins Gespräch zu kommen und Eltern mitzunehmen. Aber auch dafür muss Raum und Zeit sein.

Christian Pennekamp (Evangelische Grundschule der Stadt Dülmen): Frau Müller-Rech, vielen Dank für Ihre Frage zur Entlastung. Ich habe das für meine Kollegen und mich einmal auf verschiedenen Ebenen formuliert.

Zunächst würde ich mir – das haben wir heute auch schon oft gehört – einen Ausbau der multiprofessionellen Teams wünschen, die die Kollegen bei vielen Aufgaben begleiten, sie unterstützen und da wertvolle Arbeit leisten.

Außerdem würde ich mir Alltagshelfer auch für die Schule wünschen. Wir sind eine Schule mit einigen Ganztagsklassen. Dadurch haben wir in acht Klassen Bufdis. Das sind sozusagen unsere Alltagshelfer. Die Arbeit der Bufdis wird als wahnsinnig gewinnbringend wahrgenommen. Solche Alltagshelfer würden wir uns auch für unsere Halbtagsklassen wünschen, damit Kollegen dort von ganz vielen Alltagsdingen entlastet werden – sei es, eine Liste zu führen, sei es, sich um Getränke für die Klasse zu kümmern, und vieles mehr.

Ferner würde ich mir – das kam gerade schon einmal zum Ausdruck – eine Verzahnung von Nachmittag und Vormittag wünschen. Der Ganztagsanspruch wird auf uns zukommen. Das wird bedeuten, dass sich die Erzieher und die Lehrer viel mehr miteinander absprechen müssen. Dazu sind Ressourcen notwendig. Das heißt, dass wir auch eine Stunde brauchen, in der sich diese Teams besprechen können. Im Moment ist es bei uns so, dass unser Anbieter, die Diakonie, diese Stunde für ihre Mitarbeiter bereithält und wir den Kollegen die Stunde nur ermöglichen können, wenn Stunden aus unseren Anrechnungsstunden übrig sind.

Das ist auch der nächste Punkt. Ich würde mir wünschen, dass der Faktor für Anrechnungsstunden angeglichen wird, nämlich von 0,5 auf 1,2 auch für Grundschulen. Da war die Erhöhung von 0,2 auf 0,5 einfach nicht ausreichend. Ich würde mir also eine Angleichung an die anderen Schulformen wünschen.

Des Weiteren würde ich mir wünschen, dass bürokratische Prozesse erleichtert würden – zum Beispiel AO-SF-Verfahren, aber auch andere Dinge, die zu erledigen sind.

Entlastend für die Kollegen fände ich es ebenfalls, wenn man sie – zur Frage der Teilzeit haben wir heute auch schon etwas gehört – nicht in Vollzeit zwingen würde.

Als Teil der Schulleitung wäre ich froh über ausreichend Sekretariats- und Hausmeisterstunden. Mein Morgen sah heute nämlich folgendermaßen aus: Ich musste erst beim Kopierer den Toner wechseln und habe anschließend den AB abgehört, um zu notieren, welche Kinder alle krankgemeldet wurden, weil die Sekretärin nicht da war. – Das wäre auch ein entlastender Faktor für uns und würde dafür sorgen, dass wir am Morgen den Schulalltag vernünftig beginnen könnten.

Eine Schulverwaltungsassistenz wäre ebenfalls gut, sowohl für uns als auch für die Kollegen, damit Aufgaben aus der Verwaltung übernommen werden könnten. Allerdings muss das – das sage ich ganz klar – ohne Anrechnung auf Lehrerstellen erfolgen. Ich bin Teil der Schulleitung einer Schule mit zwei Standorten. Es gibt nicht eine Minute, in der wir uns langweilen. Wir bräuchten die dadurch frei werdende Zeit für andere pädagogische Aufgaben und, um unsere Schule weiterzuentwickeln. So etwas benötigt Zeit. Das sind zum Teil kreative Aufgaben, die man nicht einfach schnell lösen kann.

Deswegen wäre auch mein Wunsch für alle Schulen, die einen Zweitstandort haben – das sind im Grundschulbereich ja nicht gerade wenige –, dass dort die Leitungszeit, die man am Anfang hat, nicht gekürzt wird. Die Leitungszeit, die wir für unseren Zweitstandort haben, wurde im Laufe der Jahre gekürzt. Eine Schule ist aber keine Linie bei

Mercedes-Benz, die man einrichtet, und dann funktioniert sie, sondern ständig im Fluss. Dafür braucht man schlichtweg Zeit.

Ein letzter entlastender Faktor betrifft nicht alle Schulen, aber 42 Schulen in NRW, nämlich die „Schule macht stark“-Schulen, die alle in der Grundschule angesiedelt sind. Als Entlastung für meine Kollegen hätte ich mir gewünscht, dass wir die gleichen Möglichkeiten bekommen hätten wie die Talentschulen, nämlich 20 % mehr Stellen oder eigene Mittel. Wir sind sehr zufrieden mit diesem Projekt und finden es ganz toll. Aber wir hätten uns zum Beispiel Mittel gewünscht, um unsere Angebotsvielfalt im Ganztage zu erhöhen. Das haben wir dann auf anderen Wegen geschafft, indem wir an Stiftungen herangetreten sind und uns dort Geld besorgt haben. Es wäre schön, wenn man uns direkt die Möglichkeiten dazu gegeben hätte. Das wäre für uns auf jeden Fall eine Entlastung gewesen.

Ayla Çelik (GEW NRW): Ich gehe gerne auf die Frage von Herrn Ott ein, was die Grundschule vor dem Hintergrund der Ergebnisse der IQB-Studie braucht, und möchte in diesem Zusammenhang auch die Frage von Frau Müller-Rech zum Unterrichtsausfall beantworten. Die Ergebnisse der IQB-Studie sind alarmierend. Wichtig ist, dass wir uns nicht immer wieder in neuen Studien dokumentieren lassen, dass in unseren Schulen das Misslingen oder der Mangel verwaltet wird, sondern dass wir dahin kommen, uns zu fragen, was wir denn jetzt tun müssen, nämlich handeln, um diese Situation ins Gegenteil zu kehren. Hier zitiere ich gerne Peter Ustinov, der sinngemäß gesagt hat: Pessimisten entdecken jeden Tag aufs Neue, dass die Welt schlecht ist; Optimisten wissen es. – Ich bin gerne eine Bildungsoptimistin und sage: Ja, wir wissen, dass es um die Bildung nicht gut steht; dann lasst uns doch jetzt handeln.

Damit komme ich zu der Grundschule. Bevor wir uns mit der Frage beschäftigen, was die Grundschule braucht, ist für mich wichtig, zu sagen, was für eine Bedeutung die Grundschule hat. Die Grundschule ist tatsächlich die Schulform für alle Kinder, in der alle ankommen. Wir müssen dafür sorgen, dass wir die Grundschulen zu Gelingenschmieden machen, damit Bildungsbiografien erfolgreich sind. Ich würde in der Bildungsbiografie eines Kindes auch noch weiter zurückgehen und schon an der frühkindlichen Bildung ansetzen. Das ist mir zu kurz gekommen. Denn das, was dort nicht an Kompetenzen entfaltet wird, schlägt sich in der Grundschule nieder. Es ist ein Tatbestand, dass Kinder immer häufiger ein Jahr in der Grundschule dranhängen, weil sie nicht reif genug sind, um auf die weiterführende Schule zu gehen. Insofern müssen wir in der Tat mit entsprechenden Ressourcen dafür sorgen, dass die Grundschulen zu Gelingenschmieden werden.

Hier muss ich sagen: Nein, es liegt nicht am Kind oder an den Fähigkeiten eines Kindes, dass es sich in einem System befindet, das chronisch unterfinanziert und von Mangel geprägt ist und in dem den Beschäftigten nicht die Instrumente an die Hand gegeben werden, um diesem Kind tatsächlich zu helfen. Nein, es liegt nicht an der Fachlichkeit der Lehrerin oder an deren Autorität, dass sie in immer größer werdenden Klassen und einer immer diverser werdenden Schülerschaft diese Bedarfe nicht erfüllen kann. Nein, es liegt nicht an den Lehrkräften, die krank werden, sondern es liegt

am System, das sie krankmacht. – Wenn wir mit dieser Denke darangehen, können wir auch sagen: Heterogenität ist ein Reichtum und kein Indiz für schlechte Ergebnisse. – Das heißt: Es fehlen einfach die Ressourcen.

Ich finde es frappierend, wie immer wieder argumentiert wird, wenn wir sagen, dass die Stundentafel endlich der Wirklichkeit angepasst werden muss und dass Klassenarbeiten reduziert werden müssen. Natürlich hinterfrage ich Klassenarbeiten nicht. Aber es geht darum, wie wir temporär Entlastung schaffen können. Vor dem Hintergrund, dass reihenweise Unterricht ausfällt, finde ich es fast zynisch, zu sagen: Wir müssen darauf achten, dass die Qualität nicht geringer wird. – Wenn wir doch über diese Studien immer wieder gezeigt bekommen, dass die Qualität eben nicht stimmt, müssen wir gegensteuern.

Ich war am 19. Januar dieses Jahres in einer Grundschule in Duisburg-Marxloh, in der tatsächlich – und das war dort eine gute Besetzungsquote – eine Besetzung von 75 % vorhanden war. Der Schulleiter war gezwungen, jede Woche auf acht Kolleginnen zu verzichten; denn die bräuchte er, um zu 100 % besetzt zu sein. Wenn einige krank waren, wurde es wirklich zu einer Herkulesaufgabe, überhaupt den Unterricht zu stemmen. Pro Woche fehlten ihm und den Kindern 224 Unterrichtsstunden, in denen sie fortgebildet werden können, in denen sie gebildet werden können, in denen Bildung sichergestellt werden kann.

Das heißt, dass wir die Ressourcen auch so verteilen müssen, dass die Ressourcen genau dort ankommen, wo der Bedarf am größten ist. Und die Qualität stimmt derzeit nicht. Da müssen wir gegensteuern. Das Gebot gleichwertiger Lebensbedingungen bedeutet auch, dass man die Kommunen entschulden muss und finanzschwachen Kommunen dabei helfen muss, die Bildung allen zukommen zu lassen. – Jetzt habe ich die Redezeit überschritten. Danke.

Vorsitzender Florian Braun: Danke ebenso. Die heutige Anhörung ist sicherlich für viele Gespräche wiederum nur ein Zwischenschritt. Das muss ja nicht heißen, dass wir nicht auch außerhalb dieser Expertenrunde weiterhin gemeinsam im Gespräch bleiben. Außerdem gibt es nun auch die Möglichkeit für eine letzte schnelle Frageunde, wenn denn der Wunsch danach besteht. – Das ist der Fall. Ich darf alle Fragestellerinnen und Fragesteller bitten, prägnant zu formulieren.

Franziska Müller-Rech (FDP): Meine letzte Frage richtet sich an Frau Çelik, an Herrn Professor Burckhart und an Frau Deimel. Mir geht es mir noch einmal um das Lehramtsstudium und den Vorbereitungsdienst. Welchen Handlungsbedarf und welche Möglichkeiten sehen Sie, um die Studienabbruchquote zu verringern und Absolventinnen und Absolventen den Übergang in den Beruf zu erleichtern, damit sie diesen dann auch tatsächlich ausüben und in den Schulen ankommen?

Claudia Schlottmann (CDU): Ich schließe direkt an Frau Müller-Rech an, möchte allerdings noch Herrn Christoffer dazunehmen. Die Reformierung der Lehrerausbildung

ist immer wieder ein Thema. Sollten die Lehrerausbildungen weiterhin schulformspezifisch erfolgen?

Prof. Dr. Daniel Zerbin (AfD): Herr Seifen, Sie kritisieren die etwas unklare Forderung im FDP-Antrag, Lehramtsausbildung und Einstellungsverfahren zu flexibilisieren. Gleichzeitig bemängeln Sie politische Fehlentscheidungen der Vergangenheit insbesondere bezüglich der Lehramtsausbildung für Grund-, Haupt- und Realschule. Können Sie diese Kritik näher ausführen? Inwiefern haben mögliche Fehlentscheidungen der Vergangenheit einen Lehrermangel befördert?

Vorsitzender Florian Braun: Das waren die verbliebenen Fragen. – Frau Çelik, dann gehen wir direkt mit Ihnen noch einmal in Verlängerung.

Ayla Çelik (GEW NRW): Wie wir schon gesagt haben, müssen die Studienkapazitäten erhöht werden. Aber parallel – allein das hilft ja nicht – muss sowohl im Studium als auch im Berufseinstiegsbereich Beratungsinfrastruktur ausgebaut werden. Supervisionen müssen möglich gemacht werden, gerade zu Beginn. Es kann ja nicht sein, dass wir Referendare haben, die in die Schule gehen und sofort die Stundendeputate kürzen, weil sie sagen: Sonst schaffe ich das nicht. – Sie brauchen also Begleitung. Gleichzeitig müssen wir dann auch dafür sorgen, dass die Arbeitsbedingungen stimmen. Gerade für diese jungen Menschen, die da aufschlagen, ob sie jetzt vom Seiteneinstieg kommen oder aber grundständig ausgebildete Lehrer*innen sind, müssen die Arbeitsbedingungen stimmen. Das ist auch das beste Werbemittel, um tatsächlich langfristig für Nachwuchs zu sorgen.

Außerdem wurde die Reform der Lehrerausbildung angesprochen. Meines Erachtens muss es darum gehen, dass wir Lehrkräfte ausbilden – und nicht Lehrkräfte für unterschiedliche Schulformen. Daher wäre mein Petition: im Grundschulbereich und dann für Sek I und Sek II ein Lehramt für alle, womit wir die Lehrkräfte dann natürlich auch flexibel einsetzen können.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch sagen: Wenn wir tatsächlich Lehrkräfte haben, die befähigt sind, überall zu unterrichten, müsste der nächste Schritt im Zuge der A13-Angleichung auch eine Laufbahn für alle Lehrkräfte sein – 2.2, sage ich einfach nur.

Anne Deimel (VBE NRW): Sehr schön; da schließe ich mich sofort an und sage ebenfalls: 2.2.

Zu dem Abbruch möchte ich noch einen Hinweis geben. Uns ist es ganz wichtig, zu schauen, warum junge Studierende das Lehramtsstudium abbrechen. Wenn ich mir die Gesamtstudienlandschaft ansehe, muss ich sagen: Heute ist vielleicht auch die Gesellschaft eine andere, und die jungen Menschen brauchen länger, um zu erkennen, wo sie wirklich arbeiten wollen; es gibt ja überall in den Berufen sehr viel Wechsel. – Trotzdem muss eine Möglichkeit gegeben sein, die Beratung zu intensivieren

und Anlaufstellen vorzuhalten. Viele, die das Lehramtsstudium abbrechen, melden hinterher, dass sie sich auch komplett alleingelassen gefühlt haben und nicht gewusst haben, wohin sie gehen können, um sich einmal zu informieren.

Das duale Studium kommt immer als Verlockung daher. Da frage ich: Für wen? Für alle Schulformen? – Wir als VBE wollten die akademische Lehrerausbildung für alle Schulformen – es war erfolgt – und sagen auch: Wir haben drei Phasen der Lehrerausbildung, und zwar die erste an den Universitäten, die zweite im ZfsL – dann kommen die Praxisanteile – und die dritte – vielleicht wird sie auch nicht ernst genug genommen –, wenn die jungen Menschen in der Schule sind. Man muss vielleicht auch darüber nachdenken, wie man sie begleitend fortbildet oder weiterbildet und berät.

Wir sehen es auch so, dass wir die Lehrerausbildung an bestimmten Punkten reformieren müssen. Das ist überhaupt keine Frage – allein schon, damit sie zeitgemäßer ist. Die Frage ist eben, wie. Wir würden uns – ich habe das vorhin schon angesprochen – die Polyvalenz in den Bachelorstudiengängen gerne noch einmal genauer angucken und sehen da eine Möglichkeit, Lehrkräfte für alle Schulformen zu gewinnen.

Sven Christoffer (lehrer nrw): Brauchen wir noch eine schulformspezifische Lehrerausbildung? Ich verstehe natürlich den Hintergrund der Frage. Wenn wir den Einheitslehrer schaffen, haben wir eine höhere Verfügungsmasse und können dann die Lehrkraft, je nachdem, wo wir sie brauchen, am Gymnasium oder an der Grundschule einsetzen, um es einmal etwas überspitzt zu sagen. Ich bin aber ausdrücklich der Auffassung, dass nicht jeder, der in der Lage ist, in der Sek II den „Faust“ zu unterrichten, mit gleicher Leidenschaft, Fähigkeit und Empathie in der Grundschule anhand des „Däumlings“ die Lesekompetenz vermitteln kann. Dieses Beispiel soll zeigen, dass wir an den unterschiedlichen Schulformen nicht die gleiche Arbeit leisten, sondern gleichwertige Arbeit. Das haben wir auch immer so betont. Wir haben eine andere Fachlichkeit, wir haben eine andere Didaktik, und wir haben eine andere Methodik, wenn man beispielsweise die Grundschule mit dem Gymnasium vergleicht. Das bedeutet, dass wir dann auch eine passgenaue Ausbildung für ebendiese schulformspezifische Fachlichkeit, Didaktik und Methodik brauchen. Deshalb würde ich vor dem Einheitslehramt ausdrücklich warnen.

Helmut Seifen: Die verschiedenen Schulformen sind ja nicht entstanden, weil den Leuten früher nichts anderes einfiel, sondern, weil sie gespürt haben, dass für die unterschiedlichen Bedürfnisse der Kinder und die unterschiedlichen Möglichkeiten und Motivationen, die Kinder haben, unterschiedliche Zugangsweisen vorbereitet sein müssen, damit diese Kinder optimal auf ihrem Lern- und Lebensweg begleitet werden. Daraus haben sich die Schulformen entwickelt. Wie einige hier schon gesagt haben, ist auch die Lehrerausbildung darauf ausgerichtet.

Nun hat man mit dem Lehrerausbildungsgesetz von Mai 2009 eine andere Voraussetzung geschaffen. Ich sehe mit Erstaunen, dass jetzt – hier auch von Herrn Professor - Dr. Burckhart vorgetragen, aber auch im Handlungskonzept der Regierung beinhaltet – tatsächlich wieder auf Personen zurückgegriffen wird, die einen Bachelorabschluss

haben – so wie das im Grunde genommen früher auch war, auch wenn der Abschluss damals nicht so hieß –, und diese Personen dann in den Schuldienst hineingenommen werden. Das begrüße ich ausdrücklich, weil ich auch der Meinung bin, dass die Veränderung des Lehrerausbildungsgesetzes von Juli 2002 zu Mai 2009 nur scheinbar eine Verbesserung war, in Wirklichkeit aber eine Verschlechterung; das sehen wir daran, dass wir heute diesen Lehrermangel haben. Außerdem ist es jetzt nach dem Handlungskonzept der Regierung möglich, dass ein Fachlehrer meinetwegen Deutsch plus ein anderes Fach in die Schule hineinbringen kann. Das Lehrerausbildungsgesetz von 2009 sagt allerdings, dass der Grundschullehrer auf jeden Fall Deutsch und Mathematik studiert haben muss. Auch daran scheitern zu viele.

Die Ministerin hat gesagt, dass alles auf den Prüfstand gehört. Ich denke, dass das hier auch auf den Prüfstand gehört. Man muss sich wirklich überlegen, inwiefern man die Hürden, die das Lehrerausbildungsgesetz von Mai 2009 errichtet hat, abbaut und Türen öffnet, damit es möglich wird, dass tatsächlich wieder mehr Personen in die Grundschulen, Hauptschulen und Realschulen gehen.

Wie gesagt, sind das Handlungskonzept und das, was Herr Professor Dr. Burckhart hier vorgetragen hat, schon Türöffner. Dieser Weg soll allerdings nur für kurze Zeit beschritten werden. Dass das nicht institutionalisiert werden soll, ist mir schon klar. Ich halte es aber für richtig, es zu institutionalisieren. Insofern kritisiere ich die Situation, weil ich der Meinung bin, dass neben allen Dingen, die wir hier gesagt haben, auch das neue Lehrerausbildungsgesetz von 2009 dazu geführt hat, dass die jungen Leute größere Schwierigkeiten haben, das Studium zu absolvieren und in die Schule zu gehen.

Prof. Dr. Holger Burckhart (Landesrektorenkonferenz der Universitäten in NRW):

An der Einführung des Lehrerausbildungsgesetzes von 2009 war ich auch beteiligt, zusammen mit Herrn Baumert. Dazu stehe ich auch nach wie vor, weil es in seiner Polyvalenz der Heterogenität der Studierendenschaft Rechnung trägt. Als ich studiert habe, waren 17 % eines Altersjahrgangs im Studium. Heute sind es 54 bis 60 %. Darauf müssen wir reagieren. Und darauf können wir mit einem flexiblen System reagieren. – Das wäre auch meine Antwort auf die beiden Fragen zu Abbruch und Übergang.

Was motiviert die Studierenden überhaupt, ein Lehramtsstudium aufzunehmen? Unseren Studien zufolge sind es im Wesentlichen erstens die Naherfahrung Schule, die sie biografisch haben, wenn sie nicht einen präzisen Studienwunsch haben, zweitens die Eltern oder das Umfeld und drittens das intrinsische Interesse an diesem Beruf. Diese drei Dinge sind aber völlig heterogene Dinge in Bezug auf den späteren Beruf, wenn es nicht der familiäre Grund ist.

Dann machen die Studierenden erste Erfahrungen. Denn wir haben so etwas wie ein duales Studium. Im zweiten Semester sind sie in Praxis, im fünften Semester sind sie in Praxis, und im siebten Semester sind sie in Praxis. Von zehn Semestern haben wir also dreimal Praxis. Jede dieser Praxisphasen wird von der Hochschule begleitet. Anschließend findet ein Clearing- und Coachinggespräch statt: Wie soll es weitergehen?

Das sollte man noch intensivieren. Gerade an Standorten wie Köln – jetzt nehme ich meinen alten Standort mit 15.000 Lehramtsstudierenden – kommen Sie mit zwei Beratungslehrern natürlich nicht hin. Es ist also zu intensivieren. Das ist der erste Punkt, den ich fordern würde. Wir sollten die Hochschulen stärker mit solchen Coaching- und Begleitinstrumenten usw. ausstatten. Allerdings haben wir auch Clearingstellen mit den IHKs und mit den BAs für den Fall, dass diese Studierenden ganz aus dem Studium aussteigen wollen. Wir haben also zwei Felder, die wir dann bearbeiten. Auch das sollte noch intensiviert werden, weil es in Bezug auf die Heterogenität der Studierendenschaft erforderlich ist. Für einerseits außeruniversitäre und andererseits inneruniversitäre Fortsetzung von Ausbildungskarrieren sind wir im Wesentlichen verantwortlich. Entlang der drei Stufen sollte das einem Abbruch stärker entgegenwirken – trotz dieser Vereinsamung; Frau Deimel hat es gesagt. Das kann man sich gerade an den großen Systemen natürlich sehr gut vorstellen. Man kann sehr gut nachvollziehen, dass dort die Studierenden vereinsamen.

Stufenlehrer: Ja oder nein? Nein; nach wie vor nein. Denn das Schulsystem ist so different und hat in seiner Differenz auch seine extremen Vorteile. Was wir aber schaffen müssen, ist eine höhere Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Studiengängen. Für das Umschwenken innerhalb eines Lehramtsstudiums auf ein anderes Lehramtsstudium müssen die Hürden flacher und die Anerkennungsvolumina größer werden. Das wäre die Antwort – statt Stufenlehrer.

Das duale Studium habe ich gerade schon aufgegriffen. Wir haben drei Praxisphasen. Ich würde das nicht mehr erweitern. Was sollen die Studierenden denn noch alles leisten? Sie gehen in die Schule, sie machen ein außerschulisches Praktikum, um auch den Blick nach außen zu haben, und sie machen ein ganzes begleitetes Semester an der Schule. Das hat dazu geführt, dass beim Übergang in die Schule nicht mehr der große Schulschock, den wir alle kennen, erfolgt. Trotzdem würde ich empfehlen, auch diesen Übergang noch zu hosten, also zu begleiten. Da würde ich die Zentren für schulpraktische Lehrerbildung – das sind die alten Studienseminare – in die Pflicht nehmen, dass sie nicht nur ein Ausbildungsangebot vor Ort machen, sondern auch ein ganz konkretes Coachingangebot für diesen Übergang in das Referendariat hinein und möglicherweise auch nachher aus diesem Referendariat hinaus mit entsprechenden Lehrern, sodass wir eine Kette vom zweiten Semester bis zum Einstieg in den Beruf haben.

Das wären meine Antworten in Bezug auf eine Reduktion von Abbruch und ein Attrahieren für den Beruf. Und die letztliche Attraktion liegt nicht bei uns, sondern am Arbeitsplatz selbst. Da würde ich schon die Landesregierung insgesamt in der Pflicht sehen, den Arbeitsplatz selbst lukrativer zu gestalten. Wenn Sie heute Lehrer werden, haben Sie ein fest gekästeltes Berufsleben. Alle anderen Berufe haben so etwas wie Work-Life-Balance; sie können es sich hier und da flexibler gestalten. Wir brauchen dann eben auch mehr Lehrer, um hier ein atmendes System zu haben und nicht nur mit Dingen wie Freistellung, Krankheit und anderem operieren zu können, sondern gezielt das System mit den Kolleginnen und Kollegen zum Atmen zu bringen. Vor Ort darf man dann aber auch keine Schulen mehr bauen, die immer noch wie die Soldaten-

Ausschuss für Schule und Bildung (15.)

07.03.2023

Wissenschaftsausschuss (8.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

schulen im 19. Jahrhundert aussehen. Es muss auch ein attraktiver Schulort sein. Das darf nicht nur ein Experiment sein, sondern muss zur Regel werden.

Vorsitzender Florian Braun: Vielen Dank für die Antworten.

Allen Damen und Herren Sachverständigen darf ich herzlich dafür danken, dass sie sich heute ausreichend Zeit für den Austausch genommen haben. Es war eine intensive, teils auch kontroverse Diskussion.

Sie dient uns Abgeordneten nun als Grundlage für die Auswertung, die für den 17. Mai 2023 geplant ist. Rechtzeitig vorher wird uns das Protokoll vorliegen. Dann werden wir hoffentlich einige schlaue Schlüsse daraus ziehen.

Die Kolleginnen und Kollegen des Schulausschusses darf ich am kommenden Mittwoch zu unserer nächsten Sitzung begrüßen.

Ihnen allen wünsche ich heute einen guten und, bei leichtem Schneeregen, vor allem sicheren Heimweg. – Vielen Dank.

(Beifall)

gez. Florian Braun
Vorsitzender

Anlage

23.03.2023/23.03.2023

**Anhörung von Sachverständigen
des Ausschusses für Schule und Bildung und
des Wissenschaftsausschusses**

**Erschütternde Ergebnisse bei IQB-Bildungstrend. Die Landesregierung muss alles
daransetzen, die Qualität der Bildung zugunsten der
Bildungsgerechtigkeit zu heben.**

Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 18/1365

**Lehrerstellenbesetzungsoffensive.NRW – Aufklaffende Lehrkräftelücke jetzt
vorausschauend und qualitätssichernd schließen!**

Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 18/1102

Handlungskonzept Unterrichtsversorgung

Vorlage 18/604

am Dienstag, dem 7. März 2023

14.00 bis (max.) 17.00 Uhr, Raum E3 A02, Livestream

Tableau

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Städtetag NRW Köln	Pia Amelung	18/372
Landkreistag NRW Düsseldorf	Christian Müller	
Städte- und Gemeindebund NRW Düsseldorf	Milena Magrowski	
Ayla Celik Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Nordrhein-Westfalen Essen	Ayla Celik Susanne Boland	18/375
Landeselternkonferenz NRW (LEK) c/o Anke Staar Dortmund	Karla Foerste Katrin Schäfer	18/364 (Neudruck)
LandeschülerInnenvertretung NRW (LSV) Düsseldorf	Laura Körner Phil R. Weber	18/368

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Stefan Behlau Landesvorsitzender VBE NRW Dortmund	Anne Deimel	18/360
Grundschulverband NRW Christiane Mika, Vorsitzende Dortmund	<i>keine Teilnahme</i>	18/370
Lisa Gregor Balu und Du e.V. Köln	Lisa Gregor	18/359
Matthias Kürten Vorsitzender VBE Städteregion Aachen Aachen	Matthias Kürten	18/358
Professorin Dr. Gabriele Bellenberg Institut für Erziehungswissenschaft Ruhr-Universität Bochum Bochum	<i>keine Teilnahme</i>	18/353
Frank Hoppen Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Berufskollegs in NRW e.V. Düsseldorf	Frank Hoppen	18/367
Sven Christoffer Vorsitzender Lehrer NRW Linnich	Sven Christoffer	18/301
Helmut Seifen (OStD i.R.) Gronau	Helmut Seifen	18/365
Heliane Ostwald (Grundschullehrerin) Bielefeld	Heliane Ostwald	18/354
Professor Dr. Johannes Wessels Landesrektorenkonferenz der Universitäten in NRW c/o Bergische Universität Wuppertal Wuppertal	Prof. Dr. Holger Burckhart	18/369
Landeselternschaft Grundschulen NRW e.V. Kristine Scholz-Linnert (Vorsitzende), Birgit Völxen (Geschäftsstelle) Bochum	Kristine Scholz-Linnert Birgit Völxen	18/371

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Sabine Mistler Landesvorsitzende Philologen-Verband Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	Ulrich Martin Raffael Fuß	18/366
Christian Pennekamp Konrektor Evangelische Grundschule der Stadt Dülmen Dülmen	Christian Pennekamp	---

Weitere Stellungnahme:

Landeselternschaft der Gymnasien in Nordrhein-Westfalen e. V.
LEiS-NRW e. V.

Stellungnahme 18/378
Stellungnahme 18/381